

ANKLAGESCHRIFT DIE MENSCHEN GEGEN FACEBOOK

Allgemeine Einführung

Daten: das „neue Öl“

Die Welt hat tiefgreifende Veränderungen durchlebt.

Im Bereich der Wirtschaft dominierten bisherige traditionelle Sektoren wie Agrarproduktion, Rohstoffindustrie (Rohstoffe und Energiequellen) sowie der industrielle Wandel.

Der Dienstleistungssektor, der den Primär- und Sekundärsektor mit „Dienstleistungen“ versorgt, gewinnt immer mehr an Bedeutung.¹

Seit dem frühen 20. Jahrhundert hat das Finanzkapital die Kontrolle über die meisten anderen wirtschaftlichen Aktivitäten übernommen. Selbstverständlich hat es Bankgeschäfte, Transport, Versicherungen und Geschäftstätigkeiten bereits in prä-kapitalistischen Epochen gegeben; allerdings ohne eine Dominanz gegenüber anderen Kapitalbereichen.

Die Finanzialisierung der Kapitalwirtschaft resultierte zum einen in einer Bürokratisierung der Wirtschaft. Produktive Aktivitäten mussten nicht-produktiven Aktivitäten weichen. Darüber hinaus initiierte die Finanzialisierung eine verstärkte Internationalisierung von Kapital mitsamt zugehörigen Konsequenzen: Finanzialisierung, Bürokratisierung und Internationalisierung bedürfen in den Bereichen der Kommunikation, des Datenaustausches, der Datensammlung und Datenverarbeitung einer immer größeren Geschwindigkeit sowie verstärkten Kapazitäten.

In den vergangenen Jahrzehnten konnten sich aufgrund dieses florierenden Aktivitätsbereichs neue Akteure im Daten-Management-Sektor etablieren – darunter auch Facebook – die den modernen kapitalistischen Wirtschaften benötigte Dienstleistungen anbieten und im Gegenzug wirtschaftliche Aktivität neu gestalten.

Einige Autor*innen bezeichnen Daten als das „neue Öl“. Das Bild verdeutlicht, dass Daten als neues „Rohmaterial“ beziehungsweise als neuartiger „Brennstoff“ für die heutige Wirtschaft fungieren.

Die Europäische Kommission beschreibt die Bedeutung von Daten für die aktuelle Wirtschaftslage folgendermaßen:

Daten haben sich in eine wertvolle Ressource für wirtschaftliches Wachstum, Arbeitsplatzbeschaffung und gesellschaftlichen Fortschritt entwickelt. Die Datenanalyse erleichtert die Optimierung von Prozessen und Entscheidungen sowie die Innovation und Prognose von zukünftigen Ereignissen.

Dieser globale Trend entfaltet enormes Potential in unterschiedlichen Bereichen: Gesundheitswesen, Umwelt, Ernährungssicherung, Klima, Ressourceneffizienz; aber auch Energie, intelligente Transportsysteme und smarte Städte.

¹ Traditionell wird eine Wirtschaft in drei Sektoren unterteilt – Primärsektor: landwirtschaftliche und rohstoffwirtschaftliche Tätigkeiten; Sekundärsektor: Fertigungsindustrie; Dienstleistungssektor: Dienstleistungen für die ersten beiden Sektoren. Es handelt sich dabei allerdings um eine unangemessene Beschreibung der Realität des internationalen Kapitalismus. In diesem Modell werden Banken und andere finanzielle Akteure dem Dienstleistungssektor zugeschrieben, da sie die anderen beiden Sektoren mit „finanziellen Diensten“ beliefern. Das Finanzkapital übernimmt allerdings seit dem frühen 20. Jahrhundert eine führende Rolle gegenüber dem Primär- und Sekundärsektor.

Die „Daten-Wirtschaft“ wird von unterschiedlichen Marktteilnehmenden aufrechterhalten – darunter herstellende Unternehmen, Forschende und Infrastrukturanbietende. Ein derartiges Zusammenwirken sorgt dafür, dass Daten zugänglich und verfügbar sind. Dadurch sind die Marktteilnehmenden in der Lage, Daten auszuwerten und eine Reihe von Anwendungen zu entwerfen, die das alltägliche Leben verbessern können (z.B. Verkehrsmanagement, Optimierung von Ernten oder Gesundheitsversorgung).²

Facebook: ein Gigant des Datenaustausches und der Datensammlung

Aufgrund seiner zentralen Rolle im Kommunikationsbereich ist Facebook weltweit eines der führenden Unternehmen im Bereich des Datentransfers. Auf Facebook werden Daten mit einer nie zuvor dagewesenen Geschwindigkeit geteilt.

Aktuell nutzen täglich im Durchschnitt 2,2 Milliarden Menschen Facebook, Instagram, WhatsApp oder Messenger (Facebooks „Dienstleistungsfamilie“); 2,8 Milliarden Menschen nutzen mindestens eine dieser Anwendungen monatlich.³

Ein Großteil tauscht demnach auf diesem Netzwerk Daten aus; Amnesty International stellt sogar fest, dass es „für die meisten Menschen ganz einfach nicht möglich ist, bei der Internetnutzung Dienste von Google und Facebook zu meiden“.⁴ Das gilt insbesondere für Gruppen und Personen in prekären Situationen wie beispielsweise Diaspora-Gemeinden oder migrantische Communities, die keine andere Wahl haben als den Kontakt zu Familie und Freunden mithilfe der sozialen Medien aufrechtzuerhalten; oder aber auch für zahlreiche Arbeitnehmer*innen in heiklen Beschäftigungsverhältnissen: Für sie ist die Plattform von unschätzbarem Wert, um kulturelles Kapital zu erschaffen und Arbeitsmöglichkeiten zu generieren.

Facebook „erntet“ oder „fördert“ Daten in einem beispiellosen Ausmaß durch die Datenflüsse auf der eigenen Kommunikationsplattform. Die Daten werden gesammelt und durch Algorithmen verarbeitet. Mittels der Ergebnisse ist Facebook schließlich in der Lage, spezielle Zielgruppen ausfindig zu machen.

Im Bericht zum dritten Quartal des Jahres 2019 gibt Facebook an, 17.383 Millionen USD durch Werbeeinnahmen verdient zu haben, was 98.476 % des Quartal-Gesamteinkommens entspricht.⁵

Facebook: ein neuer Feudalherr?

Tatsächlich hat Facebook etwas erfunden, das man möglicherweise als eine neue Form der Zwangsarbeit bezeichnen könnte. Durch ihre Aktivität generieren 1,6 Milliarden Nutzer*innen tagtäglich unwillentlich das Rohmaterial, das anschließend von Facebook weiterverarbeitet wird. Multinationale Konzerne beschlagnahmen diese essenziellen Ressourcen unter äußerst ungerechten Bedingungen. Das „neue Öl“ wird also kostenfrei denjenigen entwendet, die es produziert haben.

Wir befinden uns in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Facebook – einem zentralen Akteur in unserer gegenwärtigen Gesellschaft – und generieren automatisch Daten für den Algorithmus, indem wir Kontakt aufnehmen, mit Freunden chatten oder ein Foto posten. Kurz: Wir werden gezwungen, aktiv zu sein und dadurch Facebook zu bereichern.

Aufgrund der Unausweichlichkeit der Plattform lässt sich eine derartige Aktivität nur als Arbeit bezeichnen; eine Tätigkeit, die sich schlichtweg nicht vermeiden lässt

² Europäische Kommission, *Building A European Data Economy* (Brüssel: Europäische Kommission, 2017), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM:2017:9:FIN>.

³ „Facebook Reports Third Quarter 2019 Results“, Facebook-Pressemitteilung: Anlegerbeziehungen, zuletzt bearbeitet am 30. Oktober 2019, <https://investor.fb.com/investor-news/press-release-details/2019/Facebook-Reports-Third-Quarter-2019-Results/default.aspx>.

⁴ Amnesty International, „Surveillance Giants: How the business model of Google and Facebook threatens human rights“, *Amnesty International*, 2019, https://www.amnesty.be/IMG/pdf/surveillance_giants_report.pdf.

⁵ Anlegerbeziehungen, „Facebook Reports Third Quarter 2019 Results.“

(insbesondere bei jungen Menschen) und nicht bezahlt wird. Diese Arbeitsposition weist verblüffende Ähnlichkeiten zu Sklaverei und Feudalismus auf. Beschäftigten in der Landwirtschaft war es erlaubt, das Land zu bearbeiten, was für ihre wirtschaftliche Position und ihre Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben unabdingbar war, doch im Gegenzug mussten sie dem Feudalherrn kostenfreie Dienstleistungen und Waren zur Verfügung stellen. Gemäß dieser Analyse verstößt Facebooks Verhalten gegen Artikel 8 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt), der ein Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit ausspricht.

Facebook: Ambition einer Zentralbank-Position

Facebook hat sich zu einem Hauptakteur in der Weltwirtschaft entwickelt – aufgrund seiner Vorherrschaft im Bereich der Kommunikation, der Einholung beispielloser Datenmengen und der Fähigkeit, diese Daten innerhalb einer Wirtschaft zu verwerten, für die eben jene Daten eine zunehmend große Rolle spielen.

Darüber hinaus hat Facebook angekündigt, die Kontrolle über die Wirtschaft durch eine eigene Währung noch zu verstärken: Libra. Einige Nachrichtenquellen vermuten, dass die Libra niemals auf den Markt kommen wird; andere wiederum, dass einige Staaten die Markteinführung der Währung ablehnen werden. Doch selbst wenn dies der Fall sein sollte, so zeigt es doch, in welchem Ausmaß Facebook die Kontrolle über die Kommunikationswege verschärfen sowie wirtschaftliche Strukturen beeinflussen und bewachen möchte.

Weitere Akteure (vornehmlich Uber und Spotify) beteiligen sich an diesem Projekt und bieten „käufliche“ Produkte in Libra an. Anders als beispielsweise Bitcoin handelt es sich dabei um eine Währung, die im alltäglichen Leben in weitem Umfang genutzt wird. Um den Wert der Währung zu garantieren, bietet Facebook nach wie vor an, sie durch bereits bestehende Währungen zu stützen.

Facebook plant also ein Währungsprojekt, das sich der Kontrolle durch Staaten und demokratischen Systemen entziehen würde.

Beim letzten G20-Gipfel äußerte der Rat für Finanzstabilität folgende Bedenken:

- *[Kryptowährungen] haben das Potential, sich rasant als Zahlungsmittel oder als Wertanlage zu etablieren. Eine eventuelle Nutzer*innen-Basis ist mitunter umfangreich, insbesondere, sofern es Verknüpfungen zu anderen digitalen Dienstleistungen von Big-Tech-Firmen gibt. Bei geringer Schwankungsanfälligkeit und hoher Skalierbarkeit könnten sie als Zahlungsinstrument attraktiv werden und in umfangreichen Maß von Konsumierenden genutzt sowie von Händler*innen und Unternehmen akzeptiert werden. Als Konsequenz besitzen Kryptowährungen das Potential, innerhalb staatlicher Rechtsprechungen systemische Bedeutung zu erlangen; unter anderem auch durch die Einwechslung interner Währungen, oder gar auf globaler Ebene.*
- *[Kryptowährungen] verbinden Eigenschaften unterschiedlicher Finanzdienstleistungen, beispielsweise aus dem Bereich Zahlungssysteme, Bankeinlagen, Währungsumrechnung, Handelswaren und kollektive Anlageinstrumente. Unter spezifischen Bedingungen und in ausreichend umfangreichen Maß – auf individueller oder auch auf Interaktionsebene – könnten Kryptowährungen die Stabilität des Finanzsystems gefährden.*

Beispielsweise könnte die Bonität einer Kryptowährung davon abhängen, wie entsprechende Rücklagen organisiert und Rückzahlungsrechte gestaltet werden.

Diesbezüglich unzulängliche Sorgfalt könnte andere Bereiche des Systems destabilisieren.⁶

Durch ein derartiges Projekt riskiert Facebook eine Destabilisierung der globalen

⁶ „Regulatory issues of stable coins“, Rat für Finanzstabilität, 18. Oktober 2019, https://www.mof.go.jp/english/international_policy/convention/g20/huzoku191018_01.pdf.

Wirtschaftsordnung ohne jegliche demokratische Kontrollinstanzen.

Facebook: Kontrolle des Informationszugriffs

Facebook spielt eine zentrale Rolle in der öffentlichen Informationsverbreitung und verfügt über enorme Möglichkeiten der weltweiten Beeinflussung und Lenkung der öffentlichen Meinung.

Heutzutage wird Facebook äußerst umfangreich als Informationsquelle genutzt. Laut einer multinationalen Studie der Forschungseinrichtung *Reuters Institute* verwenden 44 % der Nutzer*innen Facebook, um sich zu informieren.

Viele öffentliche Schulsysteme in den USA erlauben es dem Unternehmen, studentische Zielgruppen zu Werbezwecken anzusprechen; im Gegenzug erhalten die Schulen einen Anteil des Umsatzes.⁷

Folglich verfügt Facebook über beispiellose Möglichkeiten, die Informationsweitergabe an Nutzer*innen zu kontrollieren.

Durch Algorithmus-Anpassungen kann Facebook kontrollieren, was Nutzer*innen in ihrem Nachrichtenfeed angezeigt wird. Dadurch können Inhalte ganz einfach entweder als sichtbar oder nicht sichtbar gestaltet werden.

Facebook hat von dieser Kontrollfunktion bereits Gebrauch gemacht, was für viele andere Medienunternehmen einen unmittelbaren Verlust an Nutzer*innen zur Folge hatte.⁸

Facebook zensiert Inhalte. Die Kriterien, nach denen entschieden wird, wann Zensurbestimmungen bemüht werden, sind allerdings nicht transparent.

So werden derzeit beispielsweise Bilder von Kriegsverbrechen sowie Nacktheit proklamierende Kunstwerke zensiert. In einem bekannten Fall hat Facebook kürzlich Archivaufnahmen aus dem Vietnamkrieg mit der Begründung von „unangemessener Nacktheit“ zensiert.

Facebook: ein politischer Akteur

Obgleich Mark Zuckerberg es weiterhin leugnet, gewinnt Facebook zusehends an politischem Einfluss.

Aufgrund der Verfügbarkeit für all diejenigen, die Zugang zu Computer oder Smartphone haben, sowie aufgrund der außergewöhnlichen Kommunikationsgeschwindigkeit gilt Facebook als zentraler Akteur der Massenmobilisierung. Diese Organisationsform ist ein fundamentales Element des politischen Lebens auf Ebene der Nachrichtenübermittlung: Die Öffentlichkeit wird kollektiviert und informiert. Das soziale Netzwerk wurde bereits für grundverschiedene Ereignisse genutzt, beispielsweise für die sogenannte Gelbwestenbewegung in Frankreich und den sogenannten Arabischen Frühling.

Viele Leute sind davon überzeugt, dass dem Facebook-Gebrauch eine wichtige Rolle im Umsturzprozess einiger Regierungen zuteilwurde.⁹ Diese Beispiele verdeutlichen Facebooks Potential der politischen Einflussnahme.

Es stimmt, dass Facebook ein Potential bereithält – durch Informationsweitergabe und Kommunikation zwischen einzelnen Personen oder Gruppen sowie aufgrund der Tatsache, dass all diese Optionen im Vergleich zu herkömmlichen Medienformen mit

⁷ Siva Vaidhyanathan, *Antisocial Media* (Oxford: Oxford Press, 2018), 87.

⁸ Alessio Cornia, Annika Sehl, David A. L. Levy, Rasmus Kleis Nielsen, „Private Sector News, Social Media Distribution, and Algorithm Change“, *Reuters Institute*, September 2018, <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/our-research/private-sector-news-social-media-distribution-and-algorithm-change>.

⁹ Obgleich der Einfluss der sozialen Medien auf den Arabischen Frühling umfangreich diskutiert wurde – sehr wenige ägyptische Bürger (nur 8 %) waren registriert, und obwohl Facebook in der Kritik stand, die Revolution „zweckzuentfremden“ – hätte es da ohne Facebook keine Revolte gegen Mubarak gegeben. Siehe auch: <http://www.themontrealreview.com/2009/Misnaming-the-Revolution.php>.

einem beträchtlichen Bedarf an Kapitalinvestitionen vielen Menschen zugänglich sind – um bisher unbekanntes Möglichkeiten für emanzipatorische Bewegungen Raum zu schaffen.¹⁰

Allerdings wirft es doch einige Fragen auf, wenn ein Unternehmen in privater Trägerschaft die Entwicklungen derartiger Bewegungen in hohem Maß kontrolliert. Facebook hat die Möglichkeit, auf gewisse Mobilisierungen (besonders) aufmerksam zu machen, Versammlungen durch die Weitergabe von Ad-hoc-Informationen an potentielle Teilnehmende zu bewerben, und den Kommunikationsaustausch in Bezug auf Protestbewegungen zu blockieren oder zu unterbinden.

Natürlich üben Staaten und Regierungen mittels diverser Mechanismen Kontrolle über Medien und Informationen aus, und viele traditionelle Medien werden von starken Wirtschaftsmächten und vorwiegend durch Finanzkapital kontrolliert.¹¹ Doch Facebook kann auf gänzlich andere Art und Weise die öffentliche Meinung beeinflussen und gar „lenken“, während es gleichzeitig die Illusion unzensurierter Peer-To-Peer-Kommunikation aufrechterhält.¹²

Neben der Möglichkeit, emanzipatorische Bewegungen durch den Gebrauch von Facebook anzuregen, existiert allerdings auch noch ein grundlegendes demokratisches Problem.

Das hat sich vornehmlich während der letzten US-Wahlen gezeigt: Facebook erlaubte dem Privatunternehmen Cambridge Analytica, die Daten von 87 Millionen Bürger*innen zu sammeln – ohne Zustimmung des Großteils dieser Personen.

Die Daten wurden genutzt, um Profile zu erstellen, die daraufhin mit auf sie zugeschnittenen Informationen versorgt wurden. Als Beweis für seine Profilerkennungstätigkeit hat Facebook in einem internen Dokument damit geprahlt, die Profile von Teenager*innen zu identifizieren, die sich „unsicher“ fühlen.¹³

Dieses Dokument stammt von einem von Facebooks „Beziehungsmanagern“ und war für eine führende australische Bank intendiert, die zufälligerweise auch als Werbetreiber für das soziale Netzwerk agiert.

Während der Anhörung im US-Kongress durch die demokratische Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez musste Mark Zuckerberg zugeben, dass Facebook einem Werbetreibenden genehmigt hat, republikanische Wähler aufzufordern, Falschinformationen über Parteipolitiker*innen zu unterbreiten.¹⁴

Aktuelle Veröffentlichungen – unter anderem von der französischen Tageszeitung *Le Monde* – illustrieren die enge Verknüpfung zwischen den Aktivitäten von *Cambridge Analytica*, zum einen den politischen Prozess in einigen Ländern zu beeinflussen, und zum anderen gewisse Geschäftsinteressen in diesen Ländern zu fördern.¹⁵ All dies geschah durch die Verarbeitung von Facebook-Daten.

Facebook arbeitet außerdem in vielerlei Hinsicht direkt mit autoritären Regimen zusammen, so auch mit dem Duterte-Regime auf den Philippinen. Dieser Aktivitäts-

¹⁰ Unter der Bedingung des Einverständnisses der Geschäftsbedingungen.

¹¹ Staaten, Regierungen und politische Parteien haben natürlich versucht, Facebook zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen, indem sie unter anderem hohe finanzielle Investitionen in politische Werbung aufgebracht haben. Der Künstler Manuel Beltrán und die Forscherin Nayantara Ranganathan haben diese Taktiken in ihrem Projekt *ad.watch* (2019) illustriert. Siehe: <https://ad.watch/index.html>.

¹² Facebook ist eine rasante Kommunikationsinfrastruktur, obgleich der Einfluss traditioneller monopolisierter Medien während der Weltkriege nicht unterschätzt werden darf. Facebook mag Wahlen beeinflussen, Unternehmensgewinne fördern und gewaltsame Hasskampagnen ermöglichen, doch ist es noch nicht gleichzusetzen mit traditionellen Medien, die zur Kriegsführung aufrufen konnten. Man denke hier an den Beitrag der Massenmedien während der Vietnam- und Irakkriege.

¹³ Sam Levin, „Facebook told advertisers it can identify teens feeling 'insecure' and 'worthless',“ *The Guardian*, 1. Mai 2017, <https://www.theguardian.com/technology/2017/may/01/facebook-advertising-data-insecure-teens>.

¹⁴ Adélaïde Tenaglia, „Désinformation sur Facebook : Ocasio-Cortez fait souffrir Zuckerberg au Congrès américain“, *Le Parisien*, 24. Oktober 2019, <http://www.leparisien.fr/international/la-democrate-alexandria-ocasio-cortez-met-mark-zuckerberg-dans-l-embarras-au-congres-americain-24-10-2019-8179380.php>.

¹⁵ Damien Leloup, „De nouveaux documents éclairent l'activité « business » de Cambridge Analytica“, *Le Monde*, 6. Januar 2020, https://www.lemonde.fr/pixels/article/2020/01/06/de-nouveaux-documents-eclairent-l-activite-business-de-cambridge-analytica_6024980_4408996.html.

bereich soll nachfolgend beleuchtet werden.¹⁶

Facebook und Grundrechte

Die obigen Ausführungen zeigen auf, dass sich Facebook zu einem der mächtigsten Unternehmen der Welt mit einer enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen (Option zur) Einflussnahme entwickelt hat.

Es wurde schon viel über die Bedrohung durch Facebook gegenüber dem Recht auf Privatsphäre berichtet. Dieser Aspekt wird später noch näher untersucht werden.

Doch die Bedrohung durch Facebook in Bezug auf individuelle als auch kollektive Grundrechte geht weit über die bloße Frage der Privatsphäre hinaus.

Die fundamentalste Quelle der Mehrheit individueller und kollektiver Rechte ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Oftmals wird es verkannt und auf das Recht auf Sezession von Minderheiten reduziert. Tatsächlich ist das Selbstbestimmungsrecht aber das kollektive Recht von Völkern, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen.

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt) und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) wurden 1966 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen und von beinahe allen Staaten der Welt ratifiziert. Gemeinsam mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bilden diese beiden Pakte die Internationale Menschenrechtscharta.

In Artikel 1 legen die beiden Pakte fest:

- 1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.*
- 2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.*
- 3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhand gebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.*

Wie oben erläutert verübt Facebook potentiell großen Einfluss auf jeden einzelnen Aspekt des Rechts zur Selbstbestimmung.

Wie können Völker frei über ihren politischen Status bestimmen, wenn Facebook Möglichkeiten anbietet, Wahlen maßgeblich zu beeinflussen und kollektive Bewegungen anzuregen beziehungsweise zu unterbinden? Inwiefern entspricht das dem Artikel 25 des UN-Zivilpakts? Dieser lautet:

Jeder Staatsbürger hat das Recht und die Möglichkeit, ohne Unterschied nach den in Artikel 2 genannten Merkmalen und ohne unangemessene Einschränkungen

- (a) an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen;*
- (b) bei echten, wiederkehrenden, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen, bei denen die freie Äußerung des Wählerwillens gewährleistet ist, zu wählen und gewählt zu werden.*

¹⁶ Vaidhyanathan, *Antisocial Media*, 190–193.

Wie können Völker ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nachgehen, wenn ihnen eine bedeutende Ressource – Daten – nicht nur kostenfrei entwendet, sondern zudem auch durch Privatinteressen kontrolliert wird und die Völker daran hindert, diese Ressource gemäß des kollektiven Interesses für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen? Entsprechend steht auch das Recht auf Entwicklung auf dem Spiel, das am 4. Dezember 1986 in der Resolution 41/128 der Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Erklärung über das Recht auf Entwicklung festgelegt wurde.

Wie können Völker ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nachgehen, wenn ein Privatunternehmen wie Facebook eine Währung entwirft und die Kontrolle über die Währungspolitik übernehmen kann?

Wichtig: Diese kollektiven Rechte sind entscheidend für alle individuellen Rechte, nicht nur für den Bereich der Privatsphäre.

Wie garantieren wir das Recht auf Arbeit, Einkommen, Gesundheit und Bildung, wenn private Interessen das „neue Öl“ regieren?

Wie garantieren wir politische Rechte, wenn der Informationsfluss von privaten Interessen reguliert wird und eben diese privaten Interessen Kontrolle über die raffinierten Mechanismen überhaupt ausübt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen?

Wie können Staaten ihrer Pflicht nachkommen und gewährleisten, dass die in Artikel 2 der beiden Pakte verkündeten Rechte ohne Diskriminierung hinsichtlich der race, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status ausgeübt werden – wenn diese Staaten schlichtweg nicht über die notwendigen Hebel verfügen, um dem Recht auf Selbstbestimmung nachzukommen?

Das alles ist natürlich nicht neu. Seit dem Aufstieg des finanziellen Monopolkapitalismus kontrollieren private Interessen die Mehrzahl wesentlicher wirtschaftlicher Ressourcen weltweit sowie wichtige Instrumente der Einflussnahme auf die öffentliche Meinung – wie verschriftlichte und audio-visuelle Medien. Insofern ist Facebook die simple Abbildung einer Problematik, die bereits mindestens seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besteht.

Neu ist jedoch, dass Facebook dieses System der privaten Kontrolle durch eine sehr kleine Minderheit hin zu einer neuartigen Daten-basierten Wirtschaft ausweitet. Und es entwirft eine nie dagewesene Kontrollausübung auf die Gesellschaft, die potentiell wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte miteinander vereint.

Eine kollektive demokratische Kontrolle über Facebook und ähnliche Akteure ist demnach dringend und akut, um kollektive und individuelle Grundrechte zu bewahren. Herkömmliche staatliche Regulationsmechanismen sind derzeit nicht im erforderlichen Umfang ausreichend. Als Facebook sich weigerte, Mitteilungen der Europäischen Kommission zu veröffentlichen, blieb dieser wiederum keine andere Wahl als den Konzern zu bitten, von der Entscheidung abzusehen.¹⁷ Die Tatsache, dass die Wahlen der Supermacht USA durch Facebooks Intervention beeinflusst wurden, zeigt ebenso die Ausmaße der Problematik auf und enthüllt die Unzulänglichkeit bloßer regulativer Staatsaktivität gegenüber der Sicherung der Grundrechte von Völkern und Bürger*innen.

Die Herausforderung besteht darin, sich bewusst zu machen, wie umfangreich und tiefgreifend Facebooks Einfluss auf die Grundrechte der Mehrheit der Weltbevölkerung ist. In einem zweiten Schritt müssen geeignete demokratische Mechanismen der Kollektivierung entworfen werden, die Vorgänge identifizieren können, durch die unsere Entscheidungskraft verhöhnt wird, unser Leben und unsere Gesellschaften eigenständig zu gestalten und unsere kollektive Zukunft zu entwerfen.

Auf den nächsten Seiten werden einige Aspekte der Dringlichkeit näher beleuchtet,

¹⁷ Marc Rees, „Les institutions européennes implorent Facebook d'autoriser leurs publicités transnationales“, *Next Inpact*, April 17, 2019, <https://www.nextinpact.com/news/107803-les-institutions-europeennes-implore-facebook-dautoriser-leurs-publicites-transnationales.htm>.

Facebook zu kollektivieren, damit Grundrechte in vollem Umfang gewährleistet werden können.

Teil 1: Facebooks Monopolstellung und Hegemoniestreben nach Informationsaustausch und Kommunikation

Facebook liefert derzeit folgende Daten:

1. 1,62 Milliarden aktive Nutzer*innen pro Tag
2. 2,45 Milliarden aktive Nutzer*innen pro Monat
3. 2,2 Milliarden Menschen nutzen Facebook, Instagram, WhatsApp, Messenger („Dienstleistungsfamilie“) im Durchschnitt täglich, und etwa 2,8 Milliarden Menschen nutzen mindestens eine dieser Anwendungen monatlich.¹⁸

Für das Jahr gab Facebook je nach Quartal eine Marktbewertung zwischen 475.730 und 585.320 USD an. Gemessen an diesem Kriterium landet Facebook entweder auf Platz fünf oder Platz sechs der größten Unternehmen weltweit.¹⁹

2019 erreichte Facebook ein Einkommen von 70.697 USD (28 % im Vergleich zum Vorjahr) und einen Netto-Gewinn von 18.485 USD (16 % weniger als 2018).²⁰

Facebook erreicht die Ziele von Werbetreibenden (mehr als 98 % Umsatzrendite) im Bereich zielgruppengerichteter Werbung. Als weiterer Beweis der zentralen Position des sozialen Netzwerks auf dem globalen Werbemarkt muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass 2018 25 % aller Werbeausgaben Facebook oder Google zugutekamen.²¹

Mark Zuckerberg äußerte sich dazu in einem Schreiben im Januar 2019:

Wir erhalten immer wieder die Rückmeldung, dass sich die Leute wünschen, relevante Werbung zu sehen. Das bedeutet, dass wir ihre Interessen kennen müssen. Basierend auf den Seiten, die den Leuten gefallen, die sie anklicken sowie anhand weiterer Signale erstellen wir Kategorien – beispielsweise Leute, denen Seiten über Gärtnerei gefällt und die in Spanien leben – und animieren daraufhin Werbetreibende, dieser Kategorie entsprechende Werbung zu schalten. Zielgruppenspezifische Werbeschaltung gab es zwar schon vor dem Internet, aber Online-Werbemittel erreichen Zielgruppen viel spezifischer und können dadurch relevanter gestaltet werden.²²

Folglich benötigt Facebook immer mehr Nutzer*innen und immer mehr Daten, um seine Rentabilität zu optimieren.

2014 übernahm Facebook WhatsApp für etwa 19 Milliarden USD. WhatsApp verzeichnet mittlerweile zwei Milliarden Nutzer*innen²³ und ist demnach das zweitmeistbenutzte soziale Netzwerk weltweit (direkt nach Facebook).²⁴

WhatsApp ist auch dahingehend äußerst interessant für Facebook, als dass die Leute viel Zeit damit verbringen (durchschnittlich mehr als mit Facebook). *„85 Milliarden Stunden sind eine Menge Zeit. Das entspricht 3,5 Milliarden Tagen oder mehr als 9 Millionen Jahren – 9.582,650 Jahre, um genau zu sein. Das sind 11.425 Stunden pro Person. Dieses Zeitvolumen haben wir gemeinsam während der letzten drei Monate*

¹⁸ Investor Relations, „Facebook Reports Third Quarter 2019 Results“.

¹⁹ „List of public corporations by market capitalization“, Wikipedia, zuletzt bearbeitet am 31. Januar 2010, https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_public_corporations_by_market_capitalization.

²⁰ Investor Relations, „Facebook Reports Third Quarter 2019 Results“.

²¹ Michel Sara, „En dehors de Google et Facebook, la publicité digitale est en déclin“, *LAND Innovation*, 18. April 2019, <https://www.ladn.eu/entreprises-innovantes/parole-expert/dehors-google-facebook-publicite-digitale-declin/>.

²² Mark Zuckerberg, „Understanding Facebook’s Business Model“, Facebook, 24. Januar 2019, <https://about.fb.com/news/2019/01/understanding-facebooks-business-model/>.

²³ „Two Billion Users – Connecting the World Privately“, WhatsApp Blog, WhatsApp, zuletzt bearbeitet am 12. Februar 2020, <https://blog.whatsapp.com/10000666/Two-Billion-Users--Connecting-the-World-Privately?lang=en>.

²⁴ Rudy Viard, „Social Media Ranking“, *Webmarketing Conseil*, 3. Juli 2015, <https://www.webmarketing-conseil.fr/classement-reseaux-sociaux/>.

mit WhatsApp verbracht.“²⁵

Im Vergleich kamen Facebook „nur“ 31 Billionen Stunden zu.

Die Übernahme [von WhatsApp] förderte zudem Facebooks Vorherrschaft im Bereich der Instant-Messaging-Industrie, insbesondere, da Facebook bereits Messenger (1,3 Milliarden Nutzer*innen) besitzt.²⁶

Facebook übernahm 2012 auch Instagram für 1 Milliarde USD. Das soziale Netzwerk ist besonders bei jungen Nutzer*innen sehr beliebt. In der USA nutzen beispielsweise 67 % der 18- bis 29-Jährigen das soziale Netzwerk.²⁷ In Deutschland sind 69,2 % der Instagram-Nutzer*innen unter 35.²⁸

Obige Zahlen zeigen sehr deutlich, dass Facebook zu den zehn größten transnationalen Unternehmen zählt, über eine unfassbare wirtschaftliche Tragweite verfügt, und – möglicherweise am wichtigsten – eine Quasi-Monopolstellung im Bereich der sozialen Medien und des Instant-Messaging einnimmt.

Die systematische Expansion verdeutlicht Facebooks hegemoniale Tendenz in diesem Bereich. Facebook möchte ganz klar die exklusive Kontrolle über soziale Medien und Instant-Messaging erlangen.

Mit einer hegemonialen Vorgehensweise möchte Facebook auch andere Wirtschaftsbereiche erreichen.

Facebook verfolgt offenbar Ambitionen, das gesamte Internet und den Online-Handel zu kontrollieren.

Um Internetverbindungen sicherzustellen, hat Facebook *Free Basics* (ehemals *Internet.org*) ins Leben gerufen.

Unter dem Vorwand, jedem einzelnen Internetzugang zu verschaffen, bietet *Free Basics* „kostenlose und ausgewählte Dienstleistungen für Menschen, die kein Internet haben. Derzeit werden zahlreiche Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien in Zusammenarbeit mit Anbietern beliefert. Die Smartphone-App *Internet.org* ermöglicht in Form mobiler Websites Dienstleistungen, die von Facebook geprüft worden sind.“²⁹

Amnesty International informiert darüber, dass Facebook zwar behauptet, *Free Basics* würde keinerlei Informationen über Aktivitäten oder Inhalte speichern, die mittels einer App von Drittanbietenden angesehen werden – aber:

*Gemäß den Privatsphäre-Richtlinien von Free Basics werden 90 Tage lang sehr wohl Daten von Drittanbietenden-Leistungen gesammelt, um personalisiertere Dienste anbieten zu können und Informationen über die genutzten Dienste zu sammeln – darunter Telefonnummern der Nutzer*innen. Free Basics wird von Facebook als humanitäre Initiative vermarktet, die eine „Einfahrtsrampe ins Internet“ für all diejenigen im Globalen Süden bietet, die andernfalls keinen Internetzugang hätten. Doch in Wahrheit handelt es sich bei Free Basics um eine „Einfahrtsrampe“, um vermehrt Daten im Globalen Süden zu sammeln.“³⁰*

Indem nur ausgewählte Dienste über *Free Basics* verfügbar sind, erlangt Facebook unermessliche Macht und untergräbt zudem die Netzneutralität, weshalb *Free Basics* in Indien bereits verboten wurde.³¹

25 John Koetsier, „People Spent 85 Billion Hours In WhatsApp In The Past 3 Months (Versus 31 Billion In Facebook)“, *Forbes*, August 20, 2018, <https://www.forbes.com/sites/johnkoetsier/2018/08/20/people-spent-85-billion-hours-in-whatsapp-in-the-past-3-months-versus-31-billion-in-facebook/#687e81601725>.

26 Josh Constine, „Facebook Messenger Day hits 70M daily users as the app reaches 1.3B monthlies“, *Tech Crunch*, 14. September 2017, <https://techcrunch.com/2017/09/14/facebook-messenger-1-3-billion/>

27 <https://blog.hootsuite.com/instagram-demographics/>.

28 „Instagram users in Germany“, NapoleonCat, zuletzt bearbeitet Februar 2020, <https://napoleoncat.com/stats/instagram-users-in-germany/2020/02>.

29 Guénaél Pépin, „Internet.org s'ouvre aux développeurs tiers, mais à la sauce Facebook“, *Next Inpact*, 6. Mai 2015, <https://www.nextinpact.com/news/94029-internet-org-s-ouvre-aux-developpeurs-tiers-mais-a-sauce-facebook.htm>.

30 Amnesty International, „Surveillance Giants“, 14.

31 Das Prinzip der Netzneutralität dient dem Zweck, Daten bei der Internet-Übertragung gänzlich gleich zu behandeln. Es schließt beispielsweise die positive oder negative Diskriminierung der Quelle, der Übertragung und des Inhalts von übermittelten Daten aus.

Und: „Es mag sich um eine offen angelegte Initiative handeln, doch das gesamte technische Eigentum verbleibt einzig bei Facebook, das darüber entscheidet, welche Dienste über Internet.org abrufbar sind. Auch die über Internet.org gewonnenen Daten gehören Facebook.“³²

Durch diesen Service erlangt Facebook unfassbare Kontrolle über seine Nutzer*innen. Das erklärt, dass in einer aktuellen Umfrage 65 % der Nigerianer und 61 % der Indonesier geantwortet haben, Facebook „sei das Internet“.³³

Facebook will zudem seinen Einfluss auf den Finanzsektor durch Verbindungen zum äußerst ertragsstarken Online-Handel verstärken und rief deshalb die Kryptowährung Libra ins Leben.

Für das Libra-Projekt hat Facebook in Genf eine Stiftung ins Leben gerufen, an der 28 Projektmitglieder mitwirken. Jedes Mitglied hat mindestens 10 Millionen USD in das Projekt gesteckt, um einen „Node“ [Netzwerkknoten] an Facebooks Kryptowährungs-Blockchain zu erlangen. Facebook hofft, bis Ende 2019 insgesamt 100 Partner zu haben.

Facebooks Kryptowährung soll an „Reserven“ aus ausländischen Währungen gekoppelt werden: Euro, Dollar, Yen und Pfund sollen die Stabilität gewährleisten. Die Reserven werden gefüllt, indem Einkäufe in der Kryptowährung getätigt werden und insbesondere ein Kryptowährungs-Umtausch stattfindet. Weitere Währungen könnten daraufhin dem „Reservepool“ beitreten, um die Libra-Währung weiter auszuarbeiten und zu stärken.“³⁴

Auf diese Weise versucht Facebook, dieselbe Position wie die Zentralbanken einzunehmen. Höchstwahrscheinlich hofft Facebook die kommerziellen Daten seiner Nutzer*innen zu sammeln, um verstärkt kundengerichtete Werbung zu schalten.

Facebook hat bereits Interesse an diesen Datensätzen gezeigt – und:

*... bat eine große US-Bank um Daten von Kund*innen, die bei Facebook registriert sind, um neue Dienste bei Messenger anbieten zu können. Vor einigen Monaten sprach das bekannte soziale Netzwerk mit Chase, JPMorgan, Citi (Citigroup) und Wells Fargo – die französische Nachrichtenagentur AFP erfuhr aus einer anonymen Quelle, dass Chase die Verhandlungen abgebrochen hat.*

*Laut dieser Quelle wollte Mark Zuckerbergs Unternehmen Informationen über jegliche Kreditkartentransaktionen und aktuelle Kontostände der Kund*innen erhalten ... Facebook soll sich allerdings nicht dazu geäußert haben, zu welchen konkreten Zwecken die Daten genutzt werden.*

[...] Eine Sprecherin äußerte sich gegenüber der AFP: „Wie auch viele andere Internetunternehmen mit Geschäftsaktivität kooperieren wir mit Banken und Kreditkartenherausgebern, um im Kunden- und Kontoverwaltungsbereich Chat-Dienste (Instant-Messaging) anbieten zu können.“

*Sie fügte hinzu: „Durch eine Verknüpfung der Bankkonten mit Facebook erhalten Nutzer*innen Echtzeit-Updates über Messenger und können auf diesem Wege ihr Konto verwalten: Geldeingänge, Liefertermine und Kontostände.“*

Und: „Wir nutzen diese Information nicht zu Werbezwecken.“³⁵

Facebook verfügt über eine hegemoniale quasi-monopolistische Position gegenüber anderen Medien und Anbietern, die der Großteil der Bevölkerung heutzutage zur Kommunikation und Informationsweitergabe nutzt. Daran verdeutlicht sich Facebooks Ambition, den Internetzugang aller Völker (insbesondere im Globalen Süden)

³²Pépin, „Internet.org s'ouvre aux développeurs tiers, mais à la sauce Facebook“.

³³Leo Mirani, „Millions of Facebook users have no idea they're using the internet“, Quartz, 9. Februar 2015, <https://qz.com/333313/millions-of-facebook-users-have-no-idea-theyre-using-the-internet/>.

³⁴Raphaël Bloch and Nicolas Richaud, „Visa, Uber, eBay : ces géants qui soutiennent le projet de cryptomonnaie de Facebook“, Les Echos, 14. Juni 2019, <https://www.lesechos.fr/finance-marches/marches-financiers/visa-uber-paypal-ces-geants-qui-soutiennent-la-cryptomonnaie-de-facebook-1029032>.

³⁵„Dossier: Facebook lorgne les comptes bancaires“, Tribune de Genève, 6. August 2018, https://www.tdg.ch/economie/facebook-lorgne-comptes-bancaires/story/14780525?dossier_id=1501.

zu kontrollieren; das Internet ist zweifelsohne die Hauptquelle für Informationen. Erste Schritte, um den Finanzsektor zu kontrollieren, wurden bereits unternommen – zumindest im Bereich des Online-Handels. Durch den zunehmenden Erfolg des Online-Handels könnte Facebook zügig eine wesentliche Kontrolle über die wichtigsten Bereiche des Finanzsystems erlangen und die Rolle der Zentralbanken sowie ihre Entscheidungsgewalt über finanzielle und wirtschaftliche Auflagen einschränken.

Diese Entwicklungen gefährden die Freiheit von Bürger*innen und ganzer Gesellschaften, frei über ihren politischen Status zu bestimmen und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung nachzugehen.

Teil 2: Facebook und die (Möglichkeit zur) Beeinflussung oder Manipulation von politischen Entscheidungen

Wie bereits erwähnt hat sich Facebook zu einem zentralen Akteur im Informationsbereich entwickelt.

Zusätzlich zu seiner Zielgruppe bezahlt Facebook auch andere Medien, um Fake News nachzugehen, was offensichtlich seinen Einfluss in diesem Sektor stärkt. Dies liegt daran, dass diese Medien von Facebook in eine wirtschaftliche Abhängigkeit gebracht werden und daher auf Facebook angewiesen sind, um ihre Inhalte zu verbreiten.³⁶

Aber Facebook ist kein neutraler Raum. Facebooks Algorithmus kann die Sichtbarkeit mancher Inhalte gegenüber anderen priorisieren. Ein Beispiel:

*Im Oktober 2017 änderte Facebook die Darstellung von Nachrichten, die von professionellen Nachrichtendiensten bereitgestellt werden, auf den Seiten von Nutzer*innen in Kambodscha, der Slowakei, Sri Lanka, Bolivien, Guatemala und Serbien. Professionelle und unabhängige Nachrichten wurden nicht mehr zusammen mit Werbung, persönlichen Posts und Musikvideos im Haupt-Nachrichtenfeed angezeigt. Stattdessen befanden sich die Nachrichten auf einem separaten, weniger sichtbaren Tab der Facebook-Seite.³⁷*

Amnesty International merkte an, dass dies ein echtes Risiko darstelle:

Die Kombination aus algorithmisch gesteuerter Zielgruppenwerbung und personalisierten Inhalten zeigt jedoch, dass die Plattformen von Google und Facebook eine enorme Rolle spielen bei der Gestaltung von Online-Erlebnissen und der Festlegung, welche Informationen wir sehen. Dies kann Meinungen und Gedanken beeinflussen, formen und verändern, was wiederum unsere Fähigkeit beeinträchtigen kann, autonome Entscheidungen zu treffen.³⁸

Dieses Risiko wird auch vom Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zur Förderung und zum Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung hervorgehoben.

Der Berichterstatter betont, dass informierte Akteure ihr überdurchschnittliches Verständnis des Algorithmus für manipulative Zwecke nutzen können:

Inhaltsanzeige und Personalisierung. Soziale Medien und Suchplattformen bestimmen zunehmend, wie Einzelne auf Informationen und Thesen zugreifen und diese teilen, und wie Nachrichten verbreitet werden. Algorithmen und KI-Anwendungen [Künstliche Intelligenz] legen fest, wie weit, wann und mit welchen Zielgruppen und Einzelpersonen Inhalte geteilt werden. Massive Datensätze,

36, „Französische Medienpartner sind: CheckNews de Libération, Decoders du Monde, Les Observateurs de France 24, AFP Factual und 20 Minutes... Das Gesamtvolumen von CheckNews de Libération lag 2017 bei 100.000 USD : 20.000 USD im Januar, 22.500 USD im Februar, März und April, 22.000 USD im Mai, 22.500 USD im Juni, 20.000 USD im Juli, 14.000 USD im August, 20.000 USD im September, 18.000 USD im Oktober, 21.000 USD im November und 20.000 USD im Dezember. Das ergibt 245.000 USD. Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 veröffentlichten wir 249 Artikel im Facebook-Datennetzwerk.“ Service CheckNews, „Combien a rapporté à Libé son partenariat de fact-checking avec Facebook en 2018?“, Libération, 30. Januar 2019, https://www.liberation.fr/checknews/2019/01/30/combien-a-rapporte-a-libe-son-partenariat-de-fact-checking-avec-facebook-en-2018_1706160.

37 Siva Vaidhyanathan, *Antisocial Media*, 193.

38 Amnesty International, „Surveillance Giants“, 29.

die Browserverläufe, demografische Informationen von Nutzer*innen, Analysen von Sprache und Stimmungen und zahlreiche andere Faktoren miteinander kombinieren, fließen in zunehmend personalisierte algorithmische Modelle ein, um Informationen zu bewerten und zu pflegen, d.h. um Einzelpersonen Informationen anzuzeigen oder implizit zu verbergen. Bezahlte, gesponserte oder mit Hashtags versehene Inhalte können unter Ausschluss oder Herabstufung anderer Inhalte beworben werden.

In den Nachrichtenfeeds der sozialen Medien werden Inhalte nach subjektiven Einschätzungen angezeigt, wie interessant oder ansprechend Inhalte für Nutzer*innen sein können; infolgedessen werden Einzelpersonen möglicherweise nur wenig oder gar nicht mit bestimmten Arten von sozialen oder politischen Ereignissen und kritischen Inhalten konfrontiert, die auf ihren Plattformen veröffentlicht werden. KI gestaltet die Welt der Informationen auf eine Art, die für die Nutzer*innen und oft auch für die entsprechende Plattform undurchsichtig ist... KI-gesteuerte Personalisierung kann mitunter auch den Zugriff auf verschiedene Ansichten reduzieren und dadurch in die individuelle Handlungsfreiheit eingreifen, Ideen und Meinungen jenseits von ideologischen, politischen und gesellschaftlichen Spaltungen zu suchen und diese zu teilen. Eine derartige Personalisierung vermag Vorurteile zu verstärken und Anreize für die Förderung und Weiterempfehlung von schädlichen Inhalten oder Fehlinformationen schaffen, um die Onlineaktivität der Nutzer*innen aufrechtzuhalten. Natürlich können sämtliche sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen den Zugang zu Informationen einschränken. Aber durch die Optimierung der Beteiligung und der Viralität in großem Maßstab kann KI-gesteuerte Personalisierung die Entscheidung vorwegnehmen, auf bestimmte Arten von Inhalten zu stoßen. Das liegt insbesondere daran, dass Algorithmen Inhalte mit weniger Beteiligung in der Regel herabstufen und dadurch unabhängige und benutzergenerierte Inhalte in Vergessenheit geraten lassen. **Versierte Akteure können regelbasierte KI-Systeme ausnutzen, die für Beteiligung optimiert sind, um in höherem Maß bekannt zu werden. Indem sie beliebte Hashtags oder Bots verwenden, können sie eine übergroße Online-Reichweite erlangen – zum Nachteil der Informationsvielfalt.**

[...] Bemühungen, die Moderation von Inhalten zu automatisieren, können sich negativ auf die Menschenrechte auswirken (siehe A/HRC/38/35, Absatz 56 [der Vereinten Nationen]). KI-gesteuerte Moderation von Inhalten weist einige Einschränkungen auf – einschließlich der Herausforderung, den Kontext einzuschätzen und weit verbreitete Variationen von Stichworten, Bedeutungen sowie sprachlichen und kulturellen Besonderheiten zu berücksichtigen. Weil KI-Anwendungen oft auf Datensätzen beruhen, die diskriminierende Annahmen enthalten – und aufgrund von Bedingungen, unter denen die Kosten von Übermoderation niedrig sind – besteht ein hohes Risiko, dass derartige Systeme standardmäßig Online-Inhalte entfernen oder Konten sperren, die unproblematisch sind, und Inhalt in Übereinstimmung mit voreingenommenen und diskriminierenden Ansichten entfernt wird. Infolgedessen werden vorrangig gefährdete Gruppen von KI-Systemen benachteiligt, die Inhalte moderieren. Instagrams **Deeptext** stufte beispielsweise „mexikanisch“ als Beleidigung ein, weil die Datensätze voll waren mit Daten, in denen „mexikanisch“ mit „illegal“ assoziiert wurde – ein negativ kodierter Begriff, der in den Algorithmus eingebrannt wurde.

[...] Fortschritte in der KI haben sowohl vom datengesteuerten Geschäftsmodell des Internets profitiert als auch weitere Anreize geschaffen, indem Einzelpersonen für kostenlose Inhalte und Dienstleistungen mit ihren persönlichen Daten zahlen. Unternehmen können KI-Systeme mit umfangreichen Datensätzen ausstatten, die mittels jahrelangem Online-Monitoring und der Profilerstellung gesammelt wurden, um noch exaktere Modelle zur Vorhersage und Zielgruppenidentifizierung zu entwickeln. Heutzutage kann Werbung durch private und öffentliche Akteure auf individueller Ebene erreicht werden; Verbraucher*innen und Wähler*innen sind Gegenstand von „Mikrotargeting“, mit dem auf individuelle Eigenheiten reagiert wird und diese ausgenutzt werden sollen.

[...] Ein wesentliches Element des Rechts auf Meinungsäußerung ist das „Recht, sich eine Meinung zu bilden und diese durch Argumentation weiterzuentwickeln.“ Der Menschenrechtsausschuss ist zu dem Schluss gekommen, dass dieses Recht die Freiheit von unangemessenem Zwang bei der Entwicklung von Überzeugungen, Ideologien, Reaktionen und Positionen einer Person erfordert.

Die Überschneidung von Technologie und Kuratierung von Inhalten wirft neue Fragen über Formen von Zwang oder Anreiz auf, die als Eingriffe in das Recht auf freie Meinungsbildung betrachtet werden können. Inhaltspflege hat lange die Fähigkeit des Einzelnen geprägt, sich eine Meinung zu bilden (...) Die Verwendung von KI erweitert und verbessert die Tradition der Inhaltspflege im Internet und bietet den Nutzer*innen komplexere und effizientere Optionen, Inhalte in einer Größenordnung zu personalisieren und zu pflegen, die außerhalb der Reichweite traditioneller Medien liegen. Die Vorherrschaft bestimmter Modi von KI-unterstützter Pflege lässt Bedenken aufkommen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Fähigkeit des Einzelnen, sich eine Meinung zu bilden und diese weiterzuentwickeln. Zum Beispiel erhebt eine Handvoll von Technologieunternehmen Anspruch auf die große Mehrheit von Online-Sucheinträgen. Das Monopol von Unternehmen auf dem Suchmaschinenmarkt erschwert es Nutzer*innen sehr, das algorithmische Ranking und die Pflege von Suchergebnissen zu deaktivieren. Es kann auch Nutzer*innen zu der Annahme verleiten (wie von den Unternehmen beabsichtigt), dass die Suchergebnisse die relevantesten oder objektivsten Informationen in Bezug auf ein bestimmtes Thema sind.

Die Schwierigkeiten, die im Bereich von KI-gesteuerter Pflege durch Marktbeherrschung aufgeworfen werden, stellen somit ein historisches Verständnis auf den Prüfstand, inwiefern die Kuratierung von Inhalten die Fähigkeit zur Meinungsbildung beeinflusst... Unternehmen sollten zumindest aussagekräftige Angaben darüber machen, wie sie Kriterien zur Pflege und Personalisierung von Inhalten auf ihren Plattformen entwickeln und umsetzen, einschließlich der Richtlinien und Prozesse zum Erkennen sozialer, kultureller oder politischer Vorurteile bei der Ausgestaltung und Entwicklung relevanter KI-Systeme.³⁹

Über die Einflussnahme durch Algorithmen hinaus könnte Facebook sich auch dazu entschließen, den Zugriff auf ein bestimmtes Konto einzuschränken oder gar zu blockieren. Der Zugang zu drei mit einer französischen Gewerkschaft verbundenen Facebook-Konten wurde folglich während einer Zeit sozialer Mobilisierung eingeschränkt oder ausgesetzt.

Darauf angesprochen blieb Facebook vage und bezog sich lediglich auf „Community Standards“, ohne jemals die Regeln zu nennen, die angeblich verletzt worden waren. Auch gab Facebook nicht an, ob die Einschränkungen infolge einer Anfrage durch Dritte erfolgt sind.⁴⁰

Auf ähnliche Weise wurden kürzlich alle Administrator*innen der Seite *Extinction Rebellion France* von dem Netzwerk ausgeschlossen.⁴¹

Bilder bestimmter politischer Führungsfiguren sind nicht erlaubt. Während es möglich ist, Bilder verschiedener historischer und zeitgenössischer rechtsextremer Führungspersonen zu posten, wurden beispielsweise die Konten von kurdischen Aktivist*innen systematisch blockiert.

Die bloße Veröffentlichung eines Bildes des kurdischen Revolutionsführers Abdullah Öcalan vermag eine solche Sperrung auszulösen.⁴²

³⁹David Kaye, *Special Rapporteur on the Promotion and Protection of the Right to Freedom of Opinion and Expression* (New York: United Nations General Assembly, 2018), 348.

⁴⁰Vincent Vèrier, „SNCF : Facebook restreint les comptes des syndicats SUD Rail et CGT cheminots“, *Le Parisien*, 22. Oktober 2019, <http://www.leparisien.fr/economie/sncf-facebook-restreint-les-comptes-des-syndicats-sud-rail-et-cgt-cheminots-22-10-2019-8178201.php#xtor=AD-1481423553>.

⁴¹Laurie Debove, „Alerte censure : tous les administrateurs de la page Extinction Rebellion France ont été bannis de Facebook sans explications“, *La Relève*, 10. Februar 2020, <https://lareleveetlapeste.fr/alerte-censure-tous-les-administrateurs-de-la-page-extinction-rebellion-france-ont-ete-bannis-de-Facebook-no-explanations/>.

⁴²Eliza Egret, „Facebook accused of purging UK accounts speaking up for Kurdish human rights“, *The Canary*, 10. Mai 2019, <https://www.thecanary.co/global/world-analysis/2019/05/10/facebook-accused-of-purging-uk-accounts-speaking-up-for-kurdish-human-rights/>.

Diese Ereignisse sind keine Einzelfälle, und sie laden uns dazu ein, das Recht von Facebook anzuzweifeln, darüber zu entscheiden, welche Inhalte verbreitet werden können.⁴³

Mit anderen Worten: Facebook hat das Potenzial, politische Entscheidungen zu beeinflussen, indem es bestimmte Ideen oder Bewegungen fördert oder aber ihre Entwicklung verhindert, indem es den Zugang zu bestimmten Inhalten einschränkt oder blockiert. Dies geschieht allein durch die Kontrolle, die Facebook selbst ausübt (es sei denn, eine Regierung beschließt, den Zugang zu Facebook zu blockieren). Facebook wird dies offensichtlich tun, um seine eigenen Unternehmensinteressen oder die seiner Aktionär*innen zu fördern, ohne dabei die allgemeinen Interessen von Menschen zu priorisieren. Darüber hinaus hat der *Cambridge-Analytica*-Skandal (siehe unten) das Risiko aufgezeigt, dass Dritte auf die außerordentliche Konzentration von Daten in den Händen von Facebook zugreifen und diese anschließend nutzen können, um politische Prozesse in die Richtung privater (Geschäfts-) Interessen zu leiten.

Im Folgenden werden nun einige Beispiele etwas genauer betrachtet.

A. Die Fähigkeit, die Entwicklung sozialer Bewegungen zu fördern oder zu verhindern

Es wurde argumentiert, dass sich dank Facebook viele soziale Bewegungen entwickeln konnten (obwohl die Rolle des sozialen Netzwerks manchmal übertrieben dargestellt wurde). Einige Beispiele:

- *„Die Gelbwesten-Bewegung ist auf Facebook entstanden und wird von Facebook gepflegt. Sympathisierende und Beobachter*innennutzen die von der Plattform angebotene Live-Funktion, um die Bewegung in Echtzeit zum Leben zu erwecken – in der Hoffnung, immer mehr Menschen zu ermutigen, sich anzuschließen.“⁴⁴*
- *„Das soziale Netzwerk ist das Herzstück der Gelbwesten-Protestbewegung – sei es, um Aktionen zu organisieren, Informationen auszutauschen oder Vorschläge weiterzuleiten. Für die Algorithmen der Plattform, die dafür sorgen, dass bestimmte Inhalte sichtbarer sind als andere, ist die spürbare Begeisterung, die von der sozialen Protestbewegung ausgeht, nicht unbekannt.“⁴⁵*
- *Im Irak „fungieren WhatsApp, Facebook, Twitter oder Instagram als Hauptinformations- und Kommunikationsquelle. So erfuhren Protestierende über Twitter, dass in ihrer Nähe – nahe der US-Botschaft – soeben eine Rakete eingeschlagen ist. Auf Twitter wurden auch die Hashtags auf den Plakaten der Protestierenden veröffentlicht.“*

*In den sozialen Medien riefen Unbekannte oder prominente regierungskritische Aktivist*innen nachts noch immer dazu auf, „den friedlichen Charakter der Demonstrationen zu bewahren“, als Protestierende versuchten, gewaltsam über zwei Brücken in die Grüne Zone von Bagdad zu gelangen.“⁴⁶*

Dem Soziologen Arab Izarouken zufolge, der sich zur Protestbewegung in Algerien äußerte, „spielten die sozialen Netzwerke eine entscheidende Rolle. Mit dem Internet multipliziert sich das Geschenk der Allgegenwärtigkeit.“ In Algerien wird vornehmlich mit Smartphones gesurft – Tausende der mit Kameras ausgestatteten Geräte übertragen die Ereignisse live in die sozialen Netzwerke. Said Boudour, ein Menschenrechtsaktivist in Oran, sagte bei der letzten Kundgebung, dass die Polizei überfordert

43 Für ein weiteres Beispiel siehe: <https://www.clubic.com/internet/Facebook/actualite-868104-Facebook-mal-audience-collectifs-gauche-radical-rason-apparente.html>.

44 Olivier Rozencwajg, „Facebook Live: le média privilégié des gilets jaunes“, *rtbf.be*, 22. November 2018, https://www.rtf.be/info/societe/detail_Facebook-live-le-media-privilegie-des-gilets-jaunes?id=10079624.

45 Pascal Hérard, „Facebook et les Gilets Jaunes : quel rôle joue la plateforme de Mark Zuckerberg ?“, *TV5MONDE*, December 12, 2018, <https://information.tv5monde.com/info/Facebook-et-les-gilets-jaunes-quel-role-joue-la-plateforme-de-mark-zuckerberg-275061>.

46 Agence France-Presse, „Le pouvoir tremble en Irak: voici comment Facebook et Twitter sont devenus les armes des manifestants“, *RTL INFO*, 31. Oktober 2019, <https://www.rtl.be/info/monde/international/le-pouvoir-tremble-en-irak-voici-comment-facebook-et-twitter-sont-devenus-les-armes-de-manifestants-1170135.aspx>.

gewesen sei. „Die Polizei versuchte, Menschen das Filmen zu verbieten. Aber es waren Tausende auf den Straßen, sodass sie es vermieden, die Protestierenden zu provozieren.“⁴⁷

Andere Quellen teilen die Ansicht über die Rolle von Facebook. „Viele Menschen in Algerien demonstrieren seit letzter Woche regelmäßig gegen eine erneute Präsidentschaftskandidatur von Abdelaziz Bouteflika, der auf eine fünfte Amtszeit hofft. Die Proteste haben ihren Ursprung in den sozialen Medien. Algerien zählt 40 Millionen Einwohner*innen und 21 Millionen Facebook-Konten.“ Weiter steht in der Quelle:

Die von Mark Zuckerberg gegründete Seite wird im Land hauptsächlich für Proteste genutzt. So werden über die Seite 1,2,3 viva Algeria mehr als 800.000 Menschen informiert. Auch ein Rapper rief zu Protesten auf: Ihm folgen 6 Millionen Fans. Am Vorabend der ersten Kundgebung schaltete das besorgte Regime das Internet ab, was die Menschen in Algerien nicht davon abhielt, auf die Straße zu gehen und ihre Telefone wie Massenverbreitungswaffen einzusetzen.⁴⁸

Auch in Bezug auf den sogenannten Arabischen Frühling betonten einige die Rolle von Facebook:

*Arabische Aktivist*innen träumten jahrelang von einem Aufstand, aber um Jahrzehnte der Autokratie zu beenden, brauchten sie ein schnelles und anonymes Instrument zur Mobilisierung und einen Raum für Organisation – Facebook. Soziale Netzwerke „gaben Aktivist*innen zum ersten Mal die Möglichkeit, Informationen schnell zu verbreiten und dabei staatliche Einschränkungen zu umgehen“, so Hussein Amine, Medienexperte an der American University of Cairo.⁴⁹*

Facebook kann jedoch verschiedene Arten von Bewegungen verstärken. Dies umfasst auch ausgeübte Hetzerei, indem beispielsweise Gerüchte angekurbelt werden.

*In Myanmar „verbreiteten buddhistische Nationalist*innen Gerüchte über eine weltweite muslimische Verschwörung, die darauf abziele, die Welt vom Buddhismus zu befreien. Über Facebook riefen sie zum Boykott muslimisch geführter Geschäfte, zum Verbot interreligiöser Ehen und zu Einschränkungen der Rechte von Muslim*innen, die in Myanmar leben Auf. Bis 2017 führten buddhistische Angreifer unter Beistand des Militärs völkermörderische Angriffe auf die muslimischen Rohingya durch.“⁵⁰*

Das Potenzial und die Gefahr, die von Facebook für emanzipatorische Bewegungen und die Menschenrechte ausgehen, sind daher gleichermaßen und gleichzeitig vorhanden. Daher stellt sich die Frage, ob dieses Potenzial Privatinteressen überlassen werden darf.

B. Kooperation mit volksfeindlichen und autoritären Regimen

Um seine eigenen Unternehmensinteressen und die seiner Aktionär*innen zu bedienen, zögert Facebook nicht, mit autoritären Regimen zusammenzuarbeiten und dadurch deren Macht zu stärken.

2015 luden die Philippinen Facebook ein, seinen *Free-Basics*-Dienst einzuführen, der ihm eine große Kontrolle über den Daten- und Informationsaustausch in einem

47 Margot Delpierre and Thibaut Cavallès, „Manifestations en Algérie : Facebook et ‘les réseaux sociaux ont joué un rôle déterminant’“, *franceinfo*, 26. Februar 2019, https://www.francetvinfo.fr/internet/reseaux-sociaux/facebook/manifestations-en-algerie-facebook-et-les-reseaux-sociaux-ont-joue-un-role-determinant_3208245.html.

48 Ebd.

49 „Facebook a donné au Printemps arabe un «outil et un espace» d’organisation“, *La Dépêche*, 2. Februar 2012, <https://www.ladepêche.fr/article/2012/02/02/1275965-Facebook-a-donne-au-printemps-arabe-un-outil-et-un-espace-d-organisation.html>. Siehe auch: https://www.lemonde.fr/idees/article/2017/10/14/comment-internet-a-fait-les-printemps-arabes_5201063_3232.html.

50 Vaidhyanathan, *Antisocial Media*, 195.

Entwicklungsland verschaffte.⁵¹

Im Januar 2016 schickte Facebook drei Mitarbeiter*innen nach Manila, um die Präsidentschaftskandidat*innen und deren Mitarbeiter*innen in der *Free-Basic*-Nutzung zu unterweisen.

Facebook setzte die Zusammenarbeit mit der Regierung des jetzigen philippinischen Präsidenten Duterte nach dessen Wahl fort.

*Nachdem Duterte gewonnen hatte, erweiterte Facebook seine Zusammenarbeit mit der Regierung und half dadurch Duterte bei der Umsetzung seiner gewaltvollen nationalistischen Agenda. Duterte untersagte der unabhängigen Presse, live über seine Amtseinführung aus der Rizal Ceremonial Hall zu berichten – er brauchte keine Journalist*innen: Er ließ die Veranstaltungen zur Amtseinführung einfach live über Facebook streamen. Mit dem Aufstieg von Duterte festigte Facebook seine Position als einzig relevanter Mediendienst auf den Philippinen.*

Im November 2017 kündigte Facebook eine neue Zusammenarbeit mit dem Duterte-Regime an. Facebook wird mit der Regierung an der Verlegung von Unterwasserkabeln arbeiten, die die Luzonstraße umgehen, wo Taifune und Erdbeben häufig Standardkabel beschädigen... Eine tiefgreifende und profitable Zusammenarbeit mit Facebook als zentrale Propaganda- und Unterdrückungsplattform für das Duterte-Regime bedeutet, dass Facebook keine andere Wahl hat, als Duterte weiterhin zu unterstützen, wenn er seine Terrorkampagnen fortsetzt.⁵²

Ähnlich verhält es sich mit Hun Sen, dem Diktator von Kambodscha:

*Wie Duterte ist auch Hun Sen, der Diktator von Kambodscha, zu einem Facebook-Star geworden, indem er die Wirkmacht von Free Basics nutzte, um seinen Gegner*innen zu schaden und sein Image aufzupolieren. Er ging nach dem klassischen autoritären Handbuch vor: eine Gefolgschaft aufbauen; sichergehen, dass unabhängige Medien auf Facebook nicht mit staatlicher Propaganda konkurrieren können; sicherstellen, dass Facebook mit dem Internet gleichgesetzt wird; und eine Armee von Trollen (im Fall von Hun sind das Firmen mit Sitz in Indien und den Philippinen – zwei Länder mit Erfahrung in Bezug auf derartige Methoden), um Dinge zu thematisieren, die ihn in einem guten Licht erscheinen lassen, und um Gegner*innen und Kritiker*innen zu terrorisieren und zu demütigen. Der wichtigste Faktor ist dabei, dass Mitarbeiter*innen von Hun direkt mit Facebook-Mitarbeiter*innen arbeiten, um Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen und den Einfluss zu maximieren, den die Facebook-Seiten von Hun erzeugen können.*

Darüber hinaus sollen die Algorithmen die besten Wege finden, um Menschen zu bestimmten Ergebnissen zu leiten – basierend auf den einzigartigen Persönlichkeitsmerkmalen des Einzelnen. Die Techno-Soziologin Zeynep Tufekci beschrieb die Plattformen als „Überzeugungs-Architekturen“, die Milliarden Menschen manipulieren und beeinflussen können. Auf ähnliche Weise bezeichnete der frühere Google-Werbestrategie James Williams es als die „Industrialisierung der Überzeugung“ und argumentierte, dass diese „Vereinnahmung und Ausbeutung von Aufmerksamkeit“ uns so sehr ablenke, dass unsere Fähigkeit eingeschränkt würde, klar zu denken und unsere Ziele zu verfolgen.

Diese Optionen zeugen von dem hohen Risiko, dass Unternehmen durch den

⁵¹ 2014 startete Facebook einen Dienst namens *Internet.org* – im Wesentlichen eine Anwendungsschnittstelle, eine Art mobiles Betriebssystem, das auf jedem mobilen Gerät funktioniert, das eine Datenverbindung zulässt. Das Betriebssystem ermöglichte den Zugriff auf eine Handvoll von Facebook ausgewählter Anwendungen, darunter die Suchmaschine Bing (Microsofts Google-Konkurrent), Dienste für Frauenrechte, Dienste für Arbeitsvermittlung, Wikipedia und Wetterauskunft. Es gilt zu beachten, dass diese Dienste mit der Bewertung „null“ angeboten wurden, was bedeutet, dass die Nutzung von Daten durch diese nicht auf die bezahlten Daten angerechnet wird, die man für ein mobiles Konto kaufen würde. Die Nutzung eines Konkurrenzdienstes wie Google oder eines Arbeitsvermittlungsdienstes, der nicht von Facebook ausgesucht wurde, würde Daten und damit die Nutzer*innen Geld kosten. Wenn die Nutzer*innen sich keinen Datentarif leisten konnten – und dieser Dienst zielte offensichtlich auf diese Nutzer*innen ab – mussten sie die Dienste nutzen, die Facebook für *Internet.org* ausgesucht hatte.

⁵² Vaidhyanathan, *Antisocial Media*, 192–193.

Einsatz ihrer algorithmischen Systeme die Rechte auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie auf Meinungsfreiheit und Recht auf freie Meinungsäußerung unmittelbar beeinträchtigen. Außerdem laufen sie Gefahr, zu einem Missbrauch dieser Rechte durch andere Akteure beizutragen, die auf ihre Modelle zugreifen oder sie nutzen können.⁵³

Diese Kollaborationen stellen angesichts der großen Datenmenge von Facebook ein sehr großes Risiko dar. In diesem Zusammenhang argumentiert Amnesty International:

Neben den direkten Auswirkungen eines auf Überwachung basierenden Geschäftsmodells auf die Privatsphäre besteht auch die Gefahr indirekter Auswirkungen durch den Zusammenhang zwischen unternehmerischer Überwachung und staatlichen Überwachungsprogrammen. Staatliche Behörden wie Geheimdienste, Strafverfolgungs- und Einwanderungsbehörden bemühen sich vermehrt um Zugang zu Daten von Technologieunternehmen. Die riesigen Datenmengen, die Google und Facebook über Menschen gesammelt haben, bilden eine zentralisierte Goldgrube – eine Gelegenheit für staatliche Behörden, auf äußerst wertvolle personenbezogene Daten zuzugreifen, die ansonsten nur schwer zusammenzutragen wären.⁵⁴

Die Zusammenarbeit von Facebook mit Regierungen kann folglich dazu führen, dass es für Aktivist*innen strukturell unsicher ist, die Plattform zu nutzen.⁵⁵

C. Facebook und Einmischung in Wahlprozesse

Facebook ist zweifellos zu einem wichtigen Instrument für Kandidat*innen in Wahlprozessen geworden.

Facebook unterstützt unmittelbar bei Wahlkämpfen. Davon zeugt die Tatsache, dass *„bei den Wahlen 2016 Facebook, Twitter, Microsoft und Google Mitarbeiter*innen in die digitalen Zentralen der wichtigsten Präsidentschaftskandidat*innen eingeschleust haben... Diese Unternehmen arbeiteten auch de facto als unbezahlte Berater*innen für die Kampagnen der beiden großen US-Parteien.“⁵⁶*

Zumindest zu diesem Zeitpunkt ist Facebook sicherlich noch keine*r der Kandidat*innen verpflichtet, sondern positioniert sich eher als „Partner“ im Prozess.

Dennoch wirft dies eine Reihe von Fragen auf. Auch wenn Facebook ein neutrales Bild zu bewahren scheint, während es direkt in Wahlprozesse eingreift: Was ist mit „kleinen“ Kandidat*innen oder Parteien? Wird Facebook ihnen Mitarbeiter*innen zur Verfügung stellen, die sie bei der Nutzung von Facebook zur Verbreitung ihrer Ideen unterstützen?

Und was ist mit Kandidat*innen, die „Big Business“ oder sogar Facebook direkt kritisieren? Ist es wünschenswert, dass private und interessengeleitete Unternehmen auf diese Weise direkt in Wahlen eingreifen?

Zu diesem Zeitpunkt besteht die Hauptgefahr, die von Facebook für das Recht der Menschen auf freie und faire Wahlen ausgeht, darin, einen Kanal von beispielloser Stärke bereitzustellen, um Wahlen zugunsten mächtiger Interessen zu beeinflussen, sowie in dem Risiko, das durch die Gewährung von Zugang zu gesammelten Daten an autorisierte oder nicht-autorisierte Dritte entsteht.

Amnesty International äußerte sich besorgt über das Potenzial von Facebook, Wahlprozesse zu beeinflussen.

Das krassste und offensichtlichsste Beispiel dafür, wie die Möglichkeiten von

⁵³Amnesty International, „Surveillance Giants“, 30.

⁵⁴Ebd., 24.

⁵⁵Jon Russell, „Government requests for Facebook user data continue to increase worldwide“, *Tech Crunch*, 19. Dezember 2017, <https://techcrunch.com/2017/12/18/government-requests-for-facebook-user-data-continue-to-increase-worldwide/>.

⁵⁶Vaidhyanathan, *Antisocial Media*, 172.

Facebook und Google, Menschen auf einer Mikroebene anzusprechen, missbraucht werden können, zeigt sich im Zusammenhang von politischen Kampagnen (bekanntester Fall: Cambridge-Analytica-Skandal). Dieselben Mechanismen und Instrumente zur Überzeugung, die für Werbezwecke verwendet werden, können eingesetzt werden, um die politischen Meinungen von Menschen zu beeinflussen und zu manipulieren. Der Einsatz von Mikrotargeting für politische Botschaften kann auch die Meinungsfreiheit einschränken, indem eine vorgefertigte Weltanschauung erschaffen wird, die einem pluralistischen politischen Diskurs feindlich gesinnt ist. Die Verwendung von Mikrotargeting für politische Kampagnen ist besonders problematisch, da es an Transparenz oder Kontrolle angesichts der gesendeten Nachrichten mangelt. Dies lässt Kampagnen die Möglichkeit offen, „dunkle“ politische Anzeigen zu verwenden, in denen Menschen hochgradig maßgeschneiderte Nachrichten erhalten, die nur für sie sichtbar sind, und aus denen nicht hervorgeht, welche Organisation oder Einzelperson dahinter steht – oder welche Informationen andere sehen und erhalten.⁵⁷

In Indien bezahlt man Trolle, um Wahlen (sowie andere private Interessen) zu beeinflussen.⁵⁸

Darüber hinaus haben „konkurrierende Parteien in Indien ähnliche Social-Media-Teams gegründet, um den Erfolg der BJP-Partei [Bharatiya Janata Party] nachzuahmen. Und jetzt bietet ein Haufen von unabhängigen „Trollfarmen“ Privatpersonen, Politiker*innen und Unternehmen ihre Dienste an, die den Ruf von anderer zerstören wollen.“⁵⁹

Noch weiter ging es bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen:

*Russische Agent*innen haben [angeblich] Inhalte mithilfe des Facebook-Werbesystems gezielt eingesetzt, um sich in die amerikanische Demokratie einzumischen. Sie erstellten gefälschte Facebook-Gruppen und -Seiten zu Themen wie der Bekämpfung von kontrolliertem Waffenbesitz, Ablehnung von Einwanderung und der Absonderung von Texas von den Vereinigten Staaten. Russische Agent*innen betrieben sogar eine Facebook-Seite namens Blacktivist, die behauptete, eine Kampagne gegen Polizeigewalt zu unterstützen.*

*Nachdem US-Beamte Facebook unter Druck gesetzt hatten, das Ausmaß der Infiltration des Unternehmens durch russische Agent*innen bekanntzugeben, fand Facebook 470 Seiten und Profile, die mit einem russischen Unternehmen namens „Internet Research Agency“ verknüpft waren. Die Leute, die die Seiten moderierten, hatten etwa 3.000 Anzeigen gekauft und zumeist in russischer Währung bezahlt. Letztendlich erreichten diese Techniken mehr als 126 Millionen US-Amerikaner*innen.*

*Diese Facebook-Seiten und -Gruppen haben es geschafft, mehr als 62.000 Amerikaner*innen zu motivieren, ihre Teilnahme an 129 Kundgebungen und Veranstaltungen zu bestätigen, die Donald Trump unterstützen, sich gegen Hillary Clinton stellen und gegen Moscheen in den Vereinigten Staaten protestieren.⁶⁰*

*Alex Stamos, zu dieser Zeit Sicherheitschef bei Facebook, schrieb in einem Blogbeitrag: „Wir haben von Juni 2015 bis Mai 2017 Werbeausgaben in Höhe von ungefähr 100.000 USD ausgemacht – verbunden mit etwa 3.000 Anzeigen – die mit ca. 470 Fake-Konten und -Seiten in Verbindung standen, was gegen unsere Richtlinien verstößt. Unsere Analyse legt nahe, dass diese Konten und Seiten miteinander verbunden waren und sehr wahrscheinlich von Russland aus betrieben wurden. Die Mehrzahl der Anzeigen erwähnte keine*n der beiden US-Präsidentschaftskandidat*innen direkt, schien jedoch darauf abzuzielen, spaltende soziale und politische Botschaften im gesamten ideologischen Spek-*

⁵⁷ Amnesty International, „Surveillance Giants“, 32.

⁵⁸ Der Facebook-Dienst WhatsApp wurde ebenfalls für Hass-Kampagnen und die Verbreitung von Falschinformationen genutzt, beispielsweise während der Bolsonaro-Wahl in Brasilien. Daniel Avelar, „WhatsApp fake news during Brazil election ‘favoured Bolsonaro‘“, *The Guardian*, 30. Oktober 2019, <https://www.theguardian.com/world/2019/oct/30/whatsapp-fake-news-brazil-election-favoured-jair-bolsonaro-analysis-suggests>.

⁵⁹ Vaidhyanathan, *Antisocial Media*, 190.

⁶⁰ Ebd., 87–88.

trum zu verstärken – Themen von LGBT-Anliegen über Rassenprobleme bis hin zu Einwanderung und Waffenrecht.“ ...Laut einem Experten für Facebooks Werbesystem, der mit Reporter*innen von BuzzFeed sprach, wurden die Anzeigen vermutlich von 23 bis 70 Millionen Menschen gesehen, basierend allein auf dem Kauf für 100.000 USD.⁶¹

Berichten zufolge hat Facebook dem niederländischen Parlament versprochen, ausländische Einflussnahme auf Wahlen zu verhindern. Allerdings:

*[Die niederländische Stiftung] Bits of Freedom wollte wissen, ob es möglich ist, niederländische Wähler*innen aus einem anderen Land gezielt anzusprechen, mit der Art von Beiträgen und der Werbemethode, die u.a. bei der Leave-Kampagne im Vereinigten Königreich angewandt wurde. Von Deutschland aus meldeten wir uns mit einem deutschen Facebook-Konto an, erstellten eine neue Seite und luden ein politisches Meme hoch, das in den Niederlanden sehr bekannt ist.*

*Dann zahlten wir dafür, dass es niederländischen Wähler*innen angezeigt wird und beglichen die Rechnung über ein deutsches Bankkonto. Im Gegensatz zu dem, was Facebook die Parlamentsmitglieder glauben ließ, stand uns dabei nichts im Weg.⁶²*

D. Der Cambridge-Analytica-Skandal

Cambridge Analytica, ein britisches Politberatungsunternehmen, beriet 2016 die Präsidentschaftskampagne von Donald Trump über eine von ihm entwickelte App. Cambridge Analytica konnte die personenbezogenen Daten von 87 Millionen Facebook-Nutzer*innen abrufen – fast 40 Millionen mehr als in einem früheren Stadium des Skandals gemeldet wurde.

„Die Enthüllung lag tief vergraben in einem langwierigen Update von Facebook über seine Pläne, den Datenzugriff durch Apps von Dritten einzuschränken, wie beispielsweise diejenige App, die Daten für Cambridge Analytica abgerufen hat.“⁶³

Der Cambridge-Analytica-Skandal verdeutlicht das Risiko von Missbrauch von Daten, die von Facebook gesammelt und an Dritte mit privaten oder geschäftlichen Interessen weitergeleitet wurden.

Die New York Times berichtete über die Einflussnahme wie folgt:

*Ehemaligen Mitarbeiter*innen von Cambridge Analytica, Gesellschafter*innen und Dokumenten zufolge hat das Unternehmen private Informationen aus den Facebook-Profilen von mehr als 50 Millionen Nutzer*innen ohne deren Einwilligung gesammelt. Damit ist es eines der größten Datenlecks in der Geschichte des sozialen Netzwerks. Der Verstoß ermöglichte es dem Unternehmen, die privaten Social-Media-Aktivitäten der amerikanischen Wähler*innenschaft zu nutzen und Techniken zur Untermauerung ihrer Arbeit an der Kampagne von Präsident Trump im Jahr 2016 zu entwickeln.*

*[...] Die Dokumente werfen auch neue Fragen zu Facebook auf, das bereits mit heftiger Kritik angesichts der Verbreitung von russischer Propaganda und Fake News zu kämpfen hat. Die von Cambridge Analytica aus den Profilen abgeschöpften Daten, von denen die Times einen Teil gesichtet hat, enthielten Details zur Identität von Nutzer*innen, Freundesnetzwerken und „Likes“. Nur ein Bruchteil der Nutzer*innen hatte eingewilligt, ihre Informationen an Dritte weiterzugeben.*

⁶¹ Ebd., 176.

⁶² Felipe Martins, „Facebook lies to Dutch Parliament about election manipulation“, *Bits of Freedom*, 21. Mai 2019, <https://www.bitsoffreedom.nl/2019/05/21/Facebook-lies-to-dutch-parliament-about-election-manipulation/>.

⁶³ Hanna Kozłowska, „The Cambridge Analytica scandal affected nearly 40 million more people than we thought“, *Quartz*, 4. April 2018, <https://qz.com/1245049/the-cambridge-analytica-scandal-affected-87-million-people-facebook-says/>.

[...] Das Team um Christopher Wylie hatte ein größeres Problem. Die Erstellung psychografischer Profile auf nationaler Ebene erforderte Daten, die das Unternehmen nicht ohne großen Aufwand einholen konnte. Herkömmliche Analysefirmen verwendeten Abstimmungsergebnisse und Daten zum Einkaufsverhalten von Verbraucher*innen, um politische Überzeugungen und Wahlverhalten vorherzusagen. Aber diese Art von Daten war nutzlos, um herauszufinden, ob ein*e bestimmte*r Wähler*in beispielsweise neurotisch introvertiert, religiös extrovertiert, fair und liberal oder Anhänger*in des Okkultismus ist. Dabei handelt es sich um psychische Merkmale, von denen das Unternehmen behauptete, sie lieferten ein einzigartiges und wirksames Mittel zur Gestaltung politischer Botschaften.

Wylie fand eine Lösung am Zentrum für Psychometrie der Universität Cambridge. Dort hatten Forscher*innen eine Technik entwickelt, um Persönlichkeitsmerkmale abzubilden auf der Basis davon, was Menschen auf Facebook „geliked“ hatten.

Die Forscher*innenzahlten Nutzer*innen kleine Beträge für die Teilnahme an Persönlichkeitstests und das Herunterladen einer App, mit der einige persönliche Daten von ihren Profilen und denen ihrer Freund*innen abgeschöpft wurden. Facebook erlaubte diese Aktivitäten zu dem Zeitpunkt. Der Ansatz – so die Wissenschaftler*innen – könnte mehr über eine Person verraten, als ihre Eltern oder Partner*innen wüssten: eine umstrittene Behauptung.

Als das Zentrum für Psychometrie die Zusammenarbeit mit dem Unternehmen ablehnte, fand Wylie jemand anderes: Dr. Kogan, der damals Psychologieprofessor an der Universität und mit den Techniken vertraut war. Dr. Kogan entwickelte eine eigene App und begann im Juni 2014 mit der Datenerfassung für Cambridge Analytica. Das Unternehmen übernahm die Kosten – mehr als 800.000 USD – und erlaubte Cambridge Analytica Firmen-Mails und Finanzdaten zufolge, eine Kopie für eigene Forschungszwecke einzubehalten. Laut dem sozialen Netzwerk teilte er Facebook und Nutzer*innen im Kleingedruckten lediglich mit, dass er Informationen für wissenschaftliche Zwecke sammelt. Diese Behauptung wurde nicht bestätigt. Dr. Kogan lehnte ab, Einzelheiten zum Geschehenen zu liefern, und berief sich auf Geheimhaltungsvereinbarungen mit Facebook und Cambridge Analytica, hielt jedoch daran fest, sein Programm sei „eine sehr standardmäßige und harmlose Facebook-App“.

Wylie gab an, dem Unternehmen letztendlich über 50 Millionen Rohprofile zur Verfügung gestellt zu haben – eine Zahl, die durch eine E-Mail des Unternehmens und einen ehemaligen Mitarbeiter bestätigt wurde. Von diesen enthielten rund 30 Millionen – eine Zahl, die zuvor von der Website The Intercept gemeldet wurde – ausreichend Informationen (einschließlich Wohnorte), sodass das Unternehmen Nutzer*innen mit anderen Daten abgleichen und psychographische Profile erstellen konnte. Nur etwa 270.000 Nutzer*innen – diejenigen, die an der Umfrage teilgenommen haben – hatten der Datenerfassung zugestimmt.

[...] Führungskräfte von Cambridge Analytica lieferten widersprüchliche Versionen von der Verwendung psychografischer Daten in Bezug auf die Kampagne. [Der ehemalige CEO] Alexander Nix sagte, die Profile, die sie vom Unternehmen erhalten haben, hätten die Strategie von Trump geprägt – Aussagen, die von anderen Wahlkampfsprecher*innen bestritten wurden – aber auch, dass Cambridge Analytica nicht genug Zeit gehabt habe, um Trump-Wähler*innen umfassend zu modellieren.

In einem Interview mit der BBC vergangenen Dezember sagte Nix, dass sich die Bemühungen von Trump auf „alte Psychografiken“ stützten, die für den Wahlkampf von Cruz erstellt worden waren... Facebook bestätigte das Leck und versuchte – ohne es öffentlich zuzugeben – die Informationen zu sichern. Diese Bemühungen wurden bis August 2016 fortgeführt. In dem Monat wandten sich Anwälte des sozialen Netzwerks an Auftragnehmer*innen von Cambridge Analytica. „Diese Daten wurden ohne Einwilligung eingeholt und verwendet“, heißt

es in einem Brief, der der Times vorliegt. „Sie können in Zukunft nicht rechtmäßig verwendet werden und müssen unverzüglich gelöscht werden.“

Der stellvertretende Leiter der Rechtsabteilung von Facebook, Grewal, sagte in einer Erklärung, dass sowohl Dr. Kogan als auch „SCL Group und Cambridge Analytica uns versichert haben, dass sie entsprechende Daten vernichtet hätten“. Jedoch verbleiben weiterhin Kopien der Daten außerhalb des Einflussbereichs von Facebook. Die Times sichtete einen Satz an Rohdaten aus den Profilen, die Cambridge Analytica eingeholt hatte. Während Nix dem Gesetzgeber mitteilte, dass das Unternehmen keine Facebook-Daten besitze, sagte ein ehemaliger Mitarbeiter, dass er kürzlich Hunderte von Gigabyte auf den Servern von Cambridge Analytica entdeckt habe und dass die Daten nicht verschlüsselt gewesen seien.

[...] Währenddessen versucht Nix Psychografie auf den kommerziellen Werbemarkt zu bringen. Er hat sich neu positioniert als Guru für das Zeitalter der digitalen Werbung – ein „Mathe-Mann“, wie er sagt. Laut der ehemaligen Kollegenschaft habe Cambridge Analytica in den USA vergangenes Jahr Mercedes Benz, MetLife und die Brauerei AB InBev gepitched, sie aber nicht unter Vertrag genommen.⁶⁴

Laut Brittany Kaiser, der ehemaligen Leiterin für Geschäftsentwicklung des Unternehmens, arbeitete *Cambridge Analytica* vor dem Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 2016 auch für die Leave-EU-Kampagne und die United Kingdom Independence Party [Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs, UKIP]. Sie sagte, dass Leave EU-Datensätze verwendet habe, die von *Cambridge Analytica* erstellt wurden.⁶⁵

Christopher Wylie zufolge, dem ehemaligen Leiter der Forschungsabteilung bei *Cambridge Analytica*, spielte das Unternehmen eine entscheidende Rolle bei der Abstimmung für den Brexit, indem es die gezielte Ansprache von Menschen mit bestimmten Werbeanzeigen ermöglichte.

Er glaubt sogar, dass der Brexit ohne die Hilfe von *Cambridge Analytica* nicht möglich gewesen wäre.⁶⁶

Zu diesem Zeitpunkt verwendete *Cambridge Analytica* die von Facebook gesammelten Daten ohne deren Genehmigung.

Aber ist aus demokratischer Sicht gerechtfertigt, dass die Kontrolle über eine derart riesige Datenmenge, die einen so großen Teil der Weltbevölkerung betrifft, in den Händen von privaten Interessen verbleibt? Und was ist, wenn Facebook morgen im finanziellen Interesse seiner Aktionär*innen beschließt, Geschäftsbeziehungen mit den *Cambridge Analytics* der Welt einzugehen?

Teil 3: Facebook und Zwangsarbeit

Wie bereits erwähnt verbietet Artikel 8 des UN-Zivilpakts Sklaverei und Zwangsarbeit.⁶⁷ Die UN-Vollversammlung beschloss den UN-Zivilpakt im Dezember 1966, unmittelbar nach den wichtigsten Kämpfen um die Entkolonialisierung.

Die Grundlage für das Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit wurde durch die IAO-Übereinkommen 29 (1930) und 105 (1957) gelegt.

Das Übereinkommen 29 wurde – obgleich allgemeingültig – stark vom kolonialen Kontext der damaligen Zeit beeinflusst. Nach Ermittlungen der Sonderkommission zur

64 Matthew Rosenberg, „How Trump Consultants Exploited the Facebook Data of Millions“, *New York Times*, 17. März 2018, <https://www.nytimes.com/2018/03/17/us/politics/cambridge-analytica-trump-campaign.html>.

65 Mark Scott, „Cambridge Analytica did work for Brexit groups, says ex-staffer“, *Politico*, 30. Juli 2019, <https://www.politico.eu/article/cambridge-analytica-leave-eu-ukip-brexit-facebook/>.

66 Sonia Delesalle-Stolper, „Sans Cambridge Analytica, il n'y aurait pas eu de Brexit“, *Libération*, 26. März 2018, https://www.liberation.fr/planete/2018/03/26/sans-cambridge-analytica-il-n-y-aurait-pas-eu-de-brexit_1638940.

67 Der UN-Zivilpakt bildet gemeinsam mit dem UN-Sozialpakt die Internationale Menschenrechtscharta.

Zwangsarbeit wurde das Übereinkommen 105 als Reaktion auf spezifische Formen von Zwangsarbeit verabschiedet, insbesondere solche Formen, die als politisches Druckmittel, Strafe für mangelnde Arbeitsdisziplin oder für wirtschaftliche Zwecke entwickelt wurden.⁶⁸

Zwangsarbeit ist auch durch andere internationale Instrumente verboten – inklusive der Europäischen Menschenrechtskonvention, die in Artikel 4 vorschreibt:

„Verbot von Sklaverei und Zwangsarbeit

1. Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden.

2. Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.“

Den Begriff Zwangsarbeit definiert das Übereinkommen 29 in Artikel 2.1. folgendermaßen:

„Als Zwangs- oder Pflichtarbeit im Sinne dieses Übereinkommens gilt jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.“

Artikel 4.1. desselben Übereinkommens sieht vor:

„1. Die zuständige Stelle darf Zwangs- oder Pflichtarbeit zum Vorteile von Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen weder auferlegen noch zulassen.“

Und Artikel 5.1. besagt:

„1. Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen erteilte Konzessionen dürfen nicht dahin führen, dass Zwangs- oder Pflichtarbeit in irgendeiner Form zur Gewinnung, Herstellung oder Sammlung von Erzeugnissen auferlegt wird, die diese Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen verwenden oder mit denen sie Handel treiben.“

All diese internationalen Rechtsinstrumente definieren die Begriffe, mit denen sie umgehen, offensichtlich gemäß den Realitäten ihrer Entstehungszeit. Die neue Realität der Datengesellschaft wurde von den Urheber*innen dieser Instrumente selbstverständlich nicht vorgesehen.

Die Definitionen von Leibeigenschaft und Zwangsarbeit aus Rechtsinstrumenten von vor 50 Jahren oder früher lassen sich daher nicht automatisch auf die Beziehung zwischen Facebook und seinen Nutzer*innen anwenden.

Könnten unsere Aktivitäten auf Facebook daher – basierend auf diesen Jahrzehnte alten und aus der Wirtschaft vor der Daten-Ära stammenden Kriterien – mit Zwangsarbeit gleichgesetzt werden? Es gibt hierbei einige Hürden:

- Die Arbeit, die von eine*r einzelnen Nutzer*in zur Verfügung gestellt wird, mag gering sein (abhängig von der Gesamt-Investition in Facebook).⁶⁹
- Die Arbeit wird durch die Möglichkeit „bezahlt“, ein ultra-effizientes weltweites Kommunikationsnetzwerk zu benutzen.
- Viele Leute fühlen sich subjektiv nicht verpflichtet, Facebook zu benutzen.⁷⁰

⁶⁸International Labour Conference (96th Session), *Report III (Part 1B): Eradication of forced labour: General Survey concerning the Forced Labour Convention, 1930 (No. 29), and the Abolition of Forced Labour Convention, 1957 (No. 105)* (Genf: Internationale Arbeitsorganisation, 2007), 5.

⁶⁹Dies gilt, wenn Nutzer*innenaktivität auf individueller Ebene betrachtet wird. Zusammengefasst jedoch ist die weltweite Menge an Arbeit, die täglich von Facebooks 2,5 Milliarden Nutzer*innen, die im Schnitt jeweils eine Stunde pro Tag auf Facebook verbringen, durchgeführt wird, sehr substantiell. Siehe auch: <https://medium.com/@JBBC/how-much-time-do-people-spend-on-social-media-in-2019-infographic-cc02c63bde8>.

⁷⁰Dies bleibt wahr, auch wenn Amnesty International es als schwer beschreibt, die Nutzung von Facebook zu vermeiden und viele Leute stark von Facebook abhängen, um (1) affektive Beziehungen zu pflegen, (2) Zugang zu Informationen zu haben und (3) kulturelles Kapital für Arbeitnehmende in prekären Verhältnissen zu generieren. In diesem Sinne ist die Nutzung von Facebook in etwa so freiwillig wie die Benutzung einer Straße, um von A nach B zu gelangen.

Angesichts dieser Faktoren könnte es schwierig sein, die Aktivitäten von Facebook als Zwangsarbeit im Sinne der derzeitigen Rechtsprechung zu bezeichnen.

Die Rechtslage entwickelt sich jedoch stets weiter. Wie zuvor beschrieben geht die erste Übereinkunft über Zwangsarbeit auf das Jahr 1930 zurück und bezog sich vor allem auf den Kontext der Kolonisation.

Es versteht sich von selbst, dass sich die Situation seitdem erheblich verändert hat und dass neue, damals nicht vorhersehbare Arbeitsformen entstanden sind.

Es scheint daher politisch notwendig, das Konzept der Zwangsarbeit anzupassen.

Dies ist umso relevanter, da die These, dass Facebook seinen Nutzer*innen Zwangsarbeit auferlegt, nicht so riskant ist, wie es zunächst scheint.

Alles deutet darauf hin, dass Facebook in vielen Teilen der Welt eine dominierende Position einnimmt. Es ist ein Hauptakteur im Informations- und Kommunikationsbereich. Ohne Facebook auszukommen (oder von Facebook kontrollierte soziale Netzwerke wie Instagram) ist für viele Menschen – insbesondere die jüngeren Generationen – undenkbar.

Die Nutzung von Facebook bedeutet jedoch, Facebook Daten zur Verfügung zu stellen.

Bereits bei der Registrierung fragt das soziale Netzwerk private Informationen ab (Vor- und Nachname, Geburtstag, Mail-Adresse oder Telefonnummer und Geschlecht).

Danach werden alle Aktivitäten (die mitunter durch Facebooks dominierende Position eingeschränkt werden) im sozialen Netzwerk aufgelistet: Sie „füttern“ Facebook mit Daten. Diese Daten ermöglichen es Facebook, Zielgruppen – ob Konsumierende oder Wahlberechtigte – durch Mikrotargeting effektiv anzusprechen.

Mehrere rechtliche Argumente unterstützen die Ansicht, dass Facebook Zwangsarbeit auferlegt.

Kehren wir zur Definition von Zwangsarbeit zurück: *„Jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.“*

Diese Definition verlangt eine Antwort auf folgende Fragen:

1. Was ist eine Strafe?
2. Was ist ein „freiwilliges Angebot“?
3. Was ist ein Beruf?

Beginnen wir mit der Strafe, wie sie im Bericht des Drei-Parteien-Gesprächs von Experten zu Zwangsarbeit und Menschenhandel definiert wird: *„Die ‚Androhung irgendeiner Strafe‘ sollte in einem sehr weiten Sinne verstanden werden, der sowohl strafrechtliche Sanktionen als auch unterschiedliche Formen direkten oder indirekten Zwangs wie physische Gewalt, psychologische Nötigung oder die Zurückhaltung von Identitätspapieren beinhaltet. Die Strafe kann auch die Form eines Verlusts von Rechten oder Privilegien annehmen.“*⁷¹

Diese Idee wurde auf der 96. Internationalen Arbeitskonferenz weiterentwickelt:

Der Begriff „Zwangs- oder Pflichtarbeit“ bezeichnet Arbeit oder Leistungen, die „unter Androhung irgendeiner Strafe“ verlangt wurden. Es wurde bei den Überlegungen der Konferenz zum Entwurf des Rechtsaktes deutlich gemacht, dass die betreffende Strafe nicht nur auf strafrechtliche Sanktionen beschränkt ist, sondern auch in Form eines Verlusts von Rechten oder Privilegien auftreten kann. Dies kann zum Beispiel vorkommen, wenn Menschen, die sich weigern, eine freiwillige Arbeit zu verrichten, Vorteile oder Privilegien verlieren,

insofern derartige Privilegien oder Vorteile (d.h. Beförderung, Versetzung, Zugang zu einer neuen Anstellung, der Erwerb bestimmter Konsumartikel, Wohnung oder Teilnahme an Studiengängen) von den im Arbeitsbuch des Arbeitnehmenden festgehaltenen Leistungen abhängen.⁷²

Keinen Zugang zu einem dominierenden sozialen Netzwerk zu haben, könnte unter diesem Gesichtspunkt sicherlich als „Strafe“ bezeichnet werden.

Dies gilt umso mehr, seitdem die 96. Internationale Arbeitskonferenz das Augenmerk auf das problematische Verhältnis von Zwangsarbeit zur Meinungsfreiheit gelenkt hat. Zwar lag der Schwerpunkt dieser Konferenz auf der Verhängung von Zwangsarbeit als Strafe aufgrund von Meinungsäußerungen. Wenn es jedoch als Strafe angesehen werden kann, keinen Zugang zu einem Netzwerk zu haben, kann daraus auch geschlossen werden, dass die daraus resultierende Einschränkung der Meinungsfreiheit ebenfalls eine Strafe ist.⁷³

Es stellt sich die weitere Frage, wann Arbeit als freiwillig angeboten gilt.

Aus dem Drei-Parteien-Gespräch ging hervor:

Der Begriff „freiwillig angeboten“ bezieht sich auf die frei gegebene und in Kenntnis der Sachlage erteilten Zustimmung der Arbeitskraft, in ein Arbeitsverhältnis einzutreten und ihre Freiheit, ihre Anstellung zu jeder Zeit zu verlassen. Die Arbeitskraft muss freiwillig und unter Kenntnis der Sachlage einwilligen, die Arbeit anzunehmen – diese Zustimmung gilt über den gesamten Zeitraum, in dem die Arbeit oder Dienstleistung angeboten wird. Eine externe Einschränkung oder ein indirekter Zwang, der die Freiheit der Arbeitskraft „sich selbst freiwillig anzubieten“ beeinträchtigt, kann nicht nur seitens der Behörden erfolgen (beispielsweise durch eine Rechtsverordnung), sondern auch durch Praktiken eines arbeitgebenden Unternehmens, indem z.B. ein Unternehmen Täuschung oder falsche Versprechen benutzt, um eine Arbeitskraft dazu zu bringen, ihre Dienste bereitzustellen. Solche Praktiken stellen einen klaren Verstoß gegen das Übereinkommen dar.⁷⁴

Facebooks Praktiken sind jedoch sehr undurchsichtig, und Nutzer*innen haben faktisch keine Möglichkeit zu erfahren, wie ihre Daten verarbeitet und benutzt werden. Facebooks Gegenargument – dass die allgemeinen Geschäftsbedingungen, die Nutzer*innen unterschreiben, transparent und für alle einzusehen sind – ist zweifelhaft angesichts der Frage, ob unzählige Seiten, durch die man sich mit dem geschulten Auge des Rechtsanwalts durcharbeiten muss, wirklich preisgeben, was mit den Daten geschieht, die der Plattform übergeben werden. Dass in einem solchen Kontext und in einer Situation, in der die Nutzung von Facebook unausweichlich scheint, eine „freiwillige Zustimmung auf Kenntnis der Sachlage“ vorliegt, scheint äußerst unwahrscheinlich.

Im Falle einer Person, die im Rahmen eines Anwaltspraktikums gezwungen wurde, Prozessparteien unentgeltlich zu vertreten, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auch das Konzept der Zustimmung geklärt:

Unbestritten hat Van der Musselle den Beruf eines Anwalts gewählt, welcher in Belgien freiberuflichen Charakter hat und von dem ihm bekannt war, dass rechtliche Bestimmungen in Übereinstimmung mit einer langen Tradition ihm auferlegen würden, gelegentlich ohne Vergütung und Erstattung seiner Kosten Prozesse zu führen. Gleichwohl musste er sich – ob er wollte oder nicht – dieser Anforderung unterwerfen, um die Zulassung zur Anwaltschaft zu erlangen, und seine Zustimmung erfolgte in Anbetracht der zu diesem Zeitpunkt üblichen Art und Weise der Ausübung des Berufs. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass es sich um die Zustimmung zu rechtlichen Bestimmungen allgemeiner Natur handelte. Das bloße vorherige Einverständnis von Van der Musselle recht-

⁷² Internationale Arbeitskonferenz, Report III (Part 1B): Eradication of forced labour, 20.

⁷³ Ebd., 86-87

⁷⁴ Internationale Arbeitsorganisation, Report for the tripartite Meeting of Experts on Forced Labour and Trafficking for Labour Exploitation (Genf: Internationale Arbeitsorganisation, 2013), 7.

fertigt deshalb nicht die Schlussfolgerung, dass die ihm in Hinblick auf unentgeltliche Rechtspflege obliegenden Verpflichtungen keine Pflichtarbeit i.S.v. Art. 4 Abs. 2 der Konvention darstellen. Auch andere Faktoren müssen notwendigerweise in Betracht gezogen werden.⁷⁵

Angesichts der Bedeutung, die Facebook für unsere Gesellschaft hat, sollte folglich eine ähnliche Lösung in einem Analogieschluss übernommen werden.

Natürlich gibt es kein Gesetz, das jemanden zwingt, sich bei Facebook zu registrieren, um bestimmte Vorteile zu genießen (im Unterschied zu den Vorschriften, die beispielsweise für den Anwaltsberuf oder für Autoversicherungen gelten).

Doch auch hier schränkt die Bedeutung, die dieses Netzwerk in unserem Leben eingenommen hat, die Wahl- und Zustimmungsfreiheit potenzieller Nutzer ernsthaft ein.

Zu guter Letzt: das Konzept der Arbeit.

Das ist das heikelste Thema.

Diesbezüglich besagte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im obigen Urteil:

Es trifft zu, dass der englische Begriff „labour“ oft im engen Sinne von Handarbeit gebraucht wird, aber er hat auch die umfassendere Bedeutung des französischen Wortes „travail“ – von letzterer sollte man im vorliegenden Fall ausgehen. Dies bestätigt nach Ansicht des Gerichtshofs sowohl die in Art. 2 Abs. 1 der IAO-Konvention Nr. 29 befindliche Definition („tout travail ou service“ / „all work or service“) als auch Art. 4 Abs. 3 lit. d. Europäischen Menschenrechtskonvention [EMRK] („tout travail ou service“ / „any work or service“), und selbst die Bezeichnung der Internationalen Arbeitsorganisation [IAO], deren Aktivitäten sich keinesfalls auf körperliche Arbeit beschränken.⁷⁶

Der Sachverständigenausschuss für die Anwendung der Übereinkommen und Empfehlungen der IAO verweist auch „auf die Erläuterungen in den Absätzen 106 bis 109 seines Allgemeinen Überblicks von 1979 über die Abschaffung der Zwangsarbeit, in denen darauf hingewiesen wird, dass der Anwendungsbereich des Übereinkommens nicht auf Zwangsarbeit und andere besonders schwere oder unterdrückende Formen der Arbeit beschränkt ist, die sich von der gewöhnlichen Gefängnisarbeit unterscheiden. Das Übereinkommen verbietet den Einsatz ‚jeder Form‘ von Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschließlich der Zwangsarbeit in Gefängnissen, soweit sie in einem der fünf in dem Übereinkommen genannten Fälle verlangt wird.“⁷⁷

Die in der Akte aufgeführten leichten – durch Häftlinge verrichteten – Arbeiten, die zu diesem Urteil führten, unterschieden sich jedoch deutlich von denjenigen, die Facebook-Nutzer*innen leisten. Darunter fielen beispielsweise die Reinigung von Räumlichkeiten und weitere Haushaltstätigkeiten.

Darüber hinaus kam der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im obigen Fall schließlich zur Schlussfolgerung:

Wie dem auch sei, der Gerichtshof entscheidet sich für eine andere Vorgehensweise: Nachdem er festgestellt hat, dass ein der „Androhung einer Strafe“ vergleichbares Risiko vorlag (s.o. Ziff. 35) und außerdem dem auf das „vorherige Einverständnis“ von Van der Mussele gestützten Vorbringen relativer Wert zukommt (s.o. Ziff. 36), berücksichtigt der Gerichtshof bei der Entscheidung, ob die von Van der Mussele verlangte Tätigkeit unter das Verbot der Pflichtarbeit fällt, alle Umstände des Falles im Lichte der dem Art. 4 EMRK zugrundeliegenden Ziele.

⁷⁵ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, VAN DER MUSSELE GEGEN BELGIEN, 2. November 1983, Abschnitt 36.

⁷⁶ Ebd., Abschnitt 33.

⁷⁷ Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (83. Tagung), Observation (CEACR): Abolition of Forced Labour Convention, 1957 (No. 105) (Genf: Internationale Arbeitsorganisation, 1996).

Dies könnte bei einer zwecks Zugang zu einem bestimmten Beruf zu leistenden Tätigkeit der Fall sein, wenn diese Tätigkeit eine Belastung darstellt, die so exzessiv und in keinem Verhältnis zu den Vorteilen steht, welche die künftige Ausübung dieses Berufs mit sich bringen würde, dass der Betroffene nicht als jemand angesehen werden kann, der sich zu deren Verrichtung „freiwillig im Voraus zur Verfügung gestellt hat“; so z.B. bei einer Tätigkeit, die mit dem fraglichen Beruf in keinerlei Zusammenhang steht.⁷⁸

Der Europäische Gerichtshof hat Kriterien zur Überprüfung der „Unverhältnismäßigkeit“ von Leistungen festgelegt.

Im Fall Van der Musselle, der in der Verpflichtung des Anwaltanwärters Dienstleistungen im Rahmen des Rechtshilfesystems ohne Vergütung erbrachte, entwickelte das Gericht Standards zur Bewertung dessen, was in Bezug auf die Pflichten der Angehörigen eines bestimmten Berufsstandes als normal angesehen werden kann (ebd., § 39). Diese Standards berücksichtigen, ob die erbrachten Leistungen außerhalb des Bereichs der normalen beruflichen Tätigkeit der betroffenen Person liegen, ob die Leistungen entgeltlich oder unentgeltlich sind, oder ob die Leistung einen anderen kompensatorischen Faktor enthält; ob die Verpflichtung auf einem Konzept der sozialen Solidarität beruht und ob die auferlegte Belastung unverhältnismäßig ist [siehe auch Steindel gegen Deutschland (Dez.), Nr. 29878/07, 14. September 2010, betreffend die Pflicht eines Arztes zur Teilnahme an einem Rettungsdienst].⁷⁹

Dieses Kriterium lässt sich nicht leicht auf Facebook übertragen.

Fest steht, dass die Nutzer*innen nicht finanziell kompensiert werden und die ihnen auferlegte Verpflichtung kein Solidaritäts-Gegenstand ist (sondern im Gegenteil dazu dient, eine private profitvisierte Firma zu bereichern).

In Hinblick auf die „unverhältnismäßige Belastung“ ist dieses Kriterium kompliziert zu handhaben. Es kann durchaus argumentiert werden, dass die Fülle des Wissens, das Facebook durch unsere Online-Aktivitäten über uns erwirbt, eine unverhältnismäßige Belastung darstellt.

Die Unverhältnismäßigkeit käme dabei nicht durch die Arbeitsbelastung zustande, sondern durch den Eingriff in unsere Privatsphäre, den unsere Aktivitäten auf Facebook ermöglichen.

Andererseits gibt es einen Zusammenhang zwischen unserem Zugang zu Facebook und den Aktivitäten, die uns auferlegt werden.

Kurz: Unsere Aktivitäten auf Facebook kommen gemäß der Definition des internationalen Rechts mehreren Aspekten der Zwangsarbeit nahe; der bestehende internationale Rechtsrahmen zur Zwangsarbeit muss jedoch per Analogschluss entsprechend ausgelegt werden, um mit der heutigen Realität einer datengesteuerten Wirtschaft und Gesellschaft übereinzustimmen.

Eine Weiterentwicklung des Konzepts der Zwangs- oder Pflichtarbeit wäre daher zu begrüßen, um diesen technologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Eine kollektive Kontrolle und ein kollektiver Besitz von Facebook würde die Situation jedoch grundlegend verändern. Wie oben erwähnt hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte berücksichtigt, ob die auferlegte Verpflichtung auf einem Konzept der sozialen Solidarität beruht.

Ein Facebook als „Kollektiveigentum und unter kollektiver Verwaltung“ wäre ein Instrument der sozialen Solidarität par excellence, da die Daten zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft ausgetauscht würden (statt von privaten Interessen abgeschöpft zu werden).

Dadurch könnte Facebook innerhalb der von der Gemeinschaft beschlossenen

⁷⁸ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, VAN DER MUSSELE GEGEN BELGIEN, Abschnitt 37.

⁷⁹ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, GRAZIANI-WEISS GEGEN ÖSTERREICH, 18. Oktober 2011, Abschnitt 38.

Grenzen für die Verwirklichung der vollen politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller verwendet werden – in Übereinstimmung mit der für das Selbstbestimmungsrecht charakteristischen kollektiven Wahlmöglichkeit.

Teil 4: Facebook und die Privatsphäre

Facebook verfügt über nie dagewesene Möglichkeiten, die Privatsphäre von Internetnutzer*innen zu unterwandern.

Die Bedrohung der Privatsphäre ist wahrscheinlich die bekannteste Gefahr, die der Social-Media-Gigant darstellt, und sie ist umfassend dokumentiert.

Generell ist sich die Öffentlichkeit darüber im Klaren, dass alle Informationen, die der Plattform von den Facebook-Nutzer*innen anvertraut werden, genutzt und missbraucht werden können.

Allerdings wissen nur wenige, dass die Bedrohung weit über die bloßen Facebook-Nutzer*innen hinausgeht. Tatsächlich sind alle Nutzer*innen des Internets gefährdet.

Viele Webseiten verfügen über eine Funktion, die sie mit Facebook verbindet, wie zum Beispiel ein „Gefällt mir“- oder „Teilen“-Button. Bereits der bloße Besuch derartiger Seiten löst eine Datenübertragung an Facebook aus. Um was für Daten es sich dabei handelt, wurde von Facebook nicht bekanntgegeben.⁸⁰

Die Bedeutung der gesammelten Daten ist für die Facebook-Nutzer*innen (mehr als 2,45 Milliarden weltweit) sogar noch wichtiger.

Ein Journalist lud seinen Verlauf aus dem sozialen Netzwerk herunter und bemerkte, dass Facebook auch Daten über Telefongespräche speicherte, die er nicht über die Facebook-App geführt hatte.

Folgende Informationen waren archiviert worden: die Nummer des Anrufers, Datum und Uhrzeit des Sendens und Empfangens der SMS sowie Datum, Uhrzeit und Dauer (in Sekunden) der verschiedenen Anrufe.⁸¹ Es ist jedoch nicht klar, ob Facebook diese Praxis noch immer befolgt.

Facebook speichert generell alle Daten seiner Nutzer*innen. Dies sind zum Beispiel Personen, die nicht mehr auf der Freundesliste stehen, frühere romantischen Beziehungen, ehemalige Arbeitgeber*innen frühere Namen etc. Alles wird gespeichert. Sämtliche Metadaten eines geposteten Fotos werden gespeichert: Kameramodell, Belichtung, Ausrichtung, Blende, Verschlusszeit, Brennweite und die IP-Adresse, von der das Bild hochgeladen wurde.⁸² In einigen Fällen werden auch die geografischen Koordinaten des Ortes gespeichert, an dem das Bild aufgenommen wurde.

Sofern Nutzer*innen es zulassen, sammelt Facebook auch sämtliche Telefonkontakte mit allen darin enthaltenen Informationen: Mail-Adressen, Privatadressen, Social-Media-Konten und Telefonnummern. Diese Erlaubnis wird erteilt, wenn wir akzeptieren, dass Facebook „nach unseren Facebook-Freund*innen sucht“. Diese Daten werden auch dann erfasst, wenn im Telefon gespeicherte Kontakte selbst keine Genehmigung dazu erteilen.

Auf diese Weise erstellt Facebook „Schattenprofile“ mit vielen Informationen, die aus den Posteingängen und Smartphones anderer Facebook-Nutzer*innen erstellt werden – Informationen, die natürlich ohne die Zustimmung der beteiligten Personen

⁸⁰Morgane Tual, „Comment Facebook piste les internautes qui ne sont pas sur le réseau social“, *Le Monde*, 13. April 2018, https://www.lemonde.fr/pixels/article/2018/04/13/comment-facebook-piste-les-internautes-qui-ne-sont-pas-sur-le-reseau-social_5285079_4408996.html.

⁸¹ „Facebook enregistre vos appels téléphoniques... sans vous prévenir“, *01net*, 23. März 2018, <https://www.01net.com/actualites/Facebook-enregistre-vos-appels-telephoniques-sans-vous-prevenir-1402488.html>.

⁸²Bastien L., „Facebook : voici toutes les données que le réseau social garde sur vous“, *Le Big Data*, 13. März 2018, <https://www.lebigdata.fr/Facebook-donnees-reseau-social>.

erlangt wurden.⁸³

Das „Schattenprofil“ wird unsichtbar hinter dem Profil der Nutzer*innen registriert, die Facebook den Zugriff auf ihre Kontakte autorisiert haben. Der Algorithmus durchsucht alle Schattenprofile und spürt Verbindungen auf. Selbst wenn man selbst Facebook den Zugang zu Kontakten verweigert, zwei andere Facebook-Nutzer*innen, denen man Kontaktinformationen gegeben hat, Facebook ihrerseits den Zugang zu ihren Kontakten allerdings erlaubt, oder einen in einem Bild getagt haben, dann spürt Facebook diesen Drei-Personen-Kontakt auf. Wenn die beiden Nutzer*innen, die Facebook den Zugriff auf ihre Kontakte autorisiert haben, auch untereinander in Kontakt stehen, erkennt Facebook ein sehr wahrscheinliches Mini-Netzwerk. Man kann die Datenmenge nur erahnen, die ein Algorithmus sammelt, indem er kontinuierlich mehr als zwei Milliarden Schattenprofile von Nutzer*innen scannt.

Durch eben diese Schattenprofile lässt sich die folgende Geschichte erklären:

*Vor Jahren spendete ein Mann einem Paar anonym sein Spermia, damit es ein Kind bekommen konnte. Später empfahl Facebook diesem Mann das Kind als jemanden, den er vielleicht kennt. Er kennt das Paar immer noch, ist aber nicht mit ihm auf Facebook befreundet.*⁸⁴

Facebook erfasst auch die biometrischen Daten seiner Benutzer*innen durch Fotos und konnte dadurch ein Gesichtserkennungssystem entwickeln.⁸⁵

Zudem kann Facebook anhand einer Funktion erkennen, ob sich zwei Smartphones zur selben Zeit am selben Ort befinden.

Schlimmer noch: Facebook kann auch feststellen, ob die Besitzer*innen dieser Smartphones nebeneinander hergehen oder sich gegenüberstehen (wodurch wahrscheinlich wird, dass diese Personen miteinander sprechen).

Facebook versichert uns, dass es diese Daten nicht dazu verwendet, Facebook-Freund*innen vorzuschlagen, verfügt jedoch über entsprechende Möglichkeiten.⁸⁶

Wie bereits erwähnt kann eine derart umfangreiche Sammlung von Daten (und die sich daraus ergebende Fähigkeit, diese zu komplexen Profilen zusammenzufassen) eine Bedrohung besonders für Dissidenten aller Art darstellen. In einem solchen Kontext kann dieses Instrument als Mittel zur Zuweisung von Kontaktschuld genutzt werden.

Darüber hinaus ermöglicht Facebook auch anderen Unternehmen den Zugang zu den Daten seiner Nutzer*innen.

Lange Zeit erlaubte Facebook Apps den Zugriff nicht nur auf die Daten von Nutzer*innen, sondern auch auf die ihrer Facebook-Freund*innen. Facebook behauptet, diese Praxis beendet zu haben.⁸⁷

Diese Erklärung setzte den Kontroversen jedoch kein Ende.

2018 wurde bekannt, dass Facebook die Daten seiner Nutzer*innen mit sechzig Smartphone-Herstellern geteilt hat.⁸⁸

Erst im September 2019 suspendierte Facebook „Zehntausende“ Apps, die möglich-

83 Kashmir Hill, „How Facebook Figures Out Everyone You've Ever Met“, *Gizmodo*, 11. Juli 2017, <https://gizmodo.com/how-facebook-figures-out-everyone-youve-ever-met-1819822691>.

84 Ebd.

85 Elisa Braun, „Facebook va tester la reconnaissance faciale en Europe“, *Le Figaro*, 1. März 2018, <https://www.lefigaro.fr/secteur/high-tech/2018/03/01/32001-20180301ARTFIG00003-Facebook-va-tester-la-reconnaissance-faciale-en-europe.php>.

86 Alexandra Saviana, „Facebook redouble de nouveautés pour vous espionner... et ça fait peur“, *Marianne*, 21. Januar 2018, <https://www.marianne.net/societe/Facebook-redouble-de-nouveautes-pour-vous-espionner-et-ca-fait-peur>.

87 Josh Constine, „Facebook Is Shutting Down Its API For Giving Your Friends' Data to Apps“, *Tech Crunch*, 28. April 2019, <https://techcrunch.com/2019/04/28/Facebook-api-shut-down/>.

88 Julien Lausson, „Facebook a partagé les données de ses utilisateurs avec 60 constructeurs de smartphones“, *Numerama*, 4. Juni 2018, <https://www.numerama.com/tech/382385-Facebook-a-partage-les-donnees-de-ses-utilisateurs-avec-60-constructeurs-de-smartphones.html>.

erweise Zugang zu persönlichen Daten der Nutzer*innen hatten.⁸⁹

Aufgrund dieser Praktiken wurde Facebook wegen Verletzungen der Privatsphäre verurteilt.

So verurteilte beispielsweise das niederländischsprachige Gericht erster Instanz in Brüssel Facebook wegen Verletzung des Rechts auf Privatsphäre unter anderem durch:

- Setzen von Cookies, ohne die Internetnutzer*innen zu informieren, wenn sie eine Website Dritter mit einem Facebook-„Pixel“ besuchen.
- Setzen einer ganzen Reihe von unnötigen Cookies, um weitere Informationen über die Nutzer*innen zu erhalten.⁹⁰

Die US-Bundesbehörden haben Facebook außerdem mit einer Rekordstrafe von 5 Milliarden USD belegt, weil es die Nutzer sozialer Netzwerke über seine Fähigkeit, die Privatsphäre ihrer persönlichen Daten zu kontrollieren, „irreführt“ habe.⁹¹

Diese Geldbuße wird durch die folgenden Verstöße gerechtfertigt:

- Die Tatsache, dass Facebook die Daten der Facebook-Freund*innen von Nutzern*innen bestimmter Anwendungen an die Unternehmen weitergab, die diese entwickelt hatten – ohne Zustimmung der Facebook-Freund*innen, deren Daten dadurch abgeschöpft wurden. Facebook behauptet, wie oben erwähnt, diese Praktiken beendet zu haben.
- Die Tatsache, dass Facebook Gesichtserkennungstechnologien ohne die informierte Zustimmung einiger Benutzer*innen verwendet hat.
- Die Tatsache, dass Facebook eine Telefonnummer verlangt hat, um angeblich die „Sicherheit des Facebook-Kontos zu erhöhen“, obgleich diese Daten für Werbezwecke verwendet wurden.
- Facebook hat kein Kontroll-Programm in Bezug auf den Daten-Umgang durch App-Entwickler erstellt.

Trotz dieser Verurteilungen ist es naiv anzunehmen, die Auswüchse des sozialen Netzwerks ließen sich durch gerichtliche Verfahren kontrollieren.

Mehrere Stimmen kritisieren die Entscheidung der US-Behörden. Senatorin Elizabeth Warren zum Beispiel sagte, eine solche Strafe sei „ein kleiner Klaps auf die Hand - ein Bruchteil der Gewinne, die Facebook in einem Jahr erzielt“.

Facebook verbuchte in seinem letzten Quartal einen Nettogewinn von 2,4 Milliarden USD – trotz einer Rückstellung von 3 Milliarden USD, die in Erwartung der von den US-Behörden verhängten Strafe vorgenommen wurde.⁹²

Darüber hinaus unterstreicht Amnesty International die enormen Schwierigkeiten, eigene Rechte gegenüber einem Unternehmen wie Facebook durchzusetzen. Dies liegt an der Undurchsichtigkeit der Funktionsweise von Facebook, der Informationsasymmetrie und dem Missverständnis dieser Probleme durch die „einfachen“ Nutzer*innen. Amnesty International stellt fest:

Zugang zu Informationen darüber, wie sich die Tätigkeit eines Unternehmens auf Rechte auswirkt, ist entscheidend dafür, dass die Menschen ihr Recht auf einen

⁸⁹Fabian Ropars, „Facebook suspend des dizaines de milliers d’applications pour préserver les données personnelles des utilisateurs“, *BDM Media*, 23. September 2019, <https://www.blogdumoderateur.com/facebook-suspend-milliers-applications/>.

⁹⁰„Tribunal de première instance néerlandophone de Bruxelles, 24ème chambre, affaires civiles“, Autorité de protection des données, 16. Februar 2018, <https://www.autoriteprotectiondonnees.be/news/victoire-de-la-commission-vie-privée-dans-la-procedure-facebook>.

⁹¹Mathilde Ridole, „Amende record de 5 milliards de dollars pour Facebook pour violation de données privées“, *L’Echo*, 24. Juli 2019, <https://www.lecho.be/entreprises/technologie/Facebook-paie-une-amende-record-de-5-milliards-de-dollars/10147608.html>.

⁹²Le Monde with AFP, „Amende record pour Facebook: même pas mal“, *Le Monde*, 24. April 2019, https://www.lemonde.fr/economie/article/2019/04/24/Facebook-prevoit-une-amende-record-de-3-a-5-milliards-de-dollars_5454497_3234.html.

wirksamen Rechtsbehelf in Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen geltend machen können. Die Informationsasymmetrie zwischen Google und Facebook und Internetnutzer*innen sowie die Undurchsichtigkeit der Prozesse des Sammelns, Verarbeitens und der Weitergabe von Daten, bedeutet jedoch, dass Einzelpersonen oft nicht einmal in der Lage sind, Einzelheiten darüber herauszufinden, ob und inwiefern ihre Rechte beeinträchtigt wurden.

Ein Beispiel sind die Facebook-Daten, die von Cambridge Analytica gesammelt wurden: Der Akademiker David Carroll hat zwei Jahre lang vergeblich versucht, seine Daten von Cambridge Analytica wiederherzustellen; wäre der Vorfall nicht von investigativen Journalist*innen aufgedeckt worden, wüsste Carroll noch nicht einmal, dass seine Daten missbraucht wurden. Der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit hat hervorgehoben, wie KI-Systeme im Allgemeinen oft in das Recht auf Rechtsmittel eingreifen. Der Konsum von Informationen wird zu einer eigenen Herausforderung, da „Einzelpersonen sich nicht über Umfang, Ausmaß oder sogar die Existenz von algorithmischen Systemen im Klaren sind, die ihre Rechte beeinträchtigen.“

Diese Undurchsichtigkeit wird noch verschärft, weil die Algorithmen der Unternehmen sich ständig anpassen und ändern, sodass unter Umständen selbst die Entwickler*innen des Systems nicht mehr in der Lage sind zu erklären, wie sie ihre Ergebnisse erreicht haben. Und dass schließlich die algorithmischen Auswirkungen in der Größenordnung der Systeme von Google und Facebook kollektiven Charakter haben stellt eine Herausforderung dar, wenn man Entschädigungen auf individueller Ebene anstrebt. Rechtssysteme sind oft nicht dafür ausgelegt, Auswirkungen von derart großem und verbreitetem Ausmaß zu bewältigen. Wie die Expert*innen für digitale Rechte und Technologie – Lilian Edwards und Michael Veale – betonen, „basieren Datenschutzmaßnahmen grundsätzlich auf individuellen Rechten, während algorithmische Schäden meist durch die Art und Weise entstehen, wie Systeme Gruppen klassifizieren oder stigmatisieren.“⁹³

Diese Informationsasymmetrie ist zunächst darauf zurückzuführen, dass die gespeicherten Daten missverstanden werden. Unsere Daten mögen isoliert betrachtet harmlos erscheinen. Nur wenn sie angesammelt werden, ermöglichen sie eine gezielte Ausrichtung in einer Qualität, die sich grundlegend von der der einzelnen Daten für sich genommen unterscheidet. Amnesty International stellt weiter fest:

Infolgedessen fällt der anfängliche Schaden, der durch den Angriff des Überwachungsmodells auf die Privatsphäre verursacht wird, auf viele unvorhergesehene Arten und Weisen auf die Menschen zurück. Auf individueller Ebene kann eine Person beispielsweise nur einige scheinbar harmlose Daten preisgeben; beispielsweise, was sie auf Facebook „mag“. Aber diese Daten können –einmal angesammelt – wiederverwendet werden, um hochgradig gezielte Werbung, politische Botschaften und Propaganda zu verbreiten oder um die Aufmerksamkeit der Menschen zu erregen und sie auf der Plattform zu halten. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte [OHCHR] hat festgestellt, dass die analytische Kraft der datengesteuerten Technologie ein Umfeld geschaffen hat, das „für Einzelpersonen und Gesellschaften Risiken birgt, die kaum überschätzt werden können.“⁹⁴

So konnten beispielsweise US-Einwanderungs- und Zollbeamte die Facebook-Posts eines mexikanischen Einwanderers nutzen, um ihn aufzuspüren und abzuschieben.

Die Beamten bemerkten, dass er laut Facebook-Postings „untröstlich“ war und bestätigten seine Identität mit Fotos, die auf der Geburtstagsfeier seines Vaters gepostet wurden.

Er wurde schließlich verhaftet, nachdem er sich bei einem Home Depot auf Facebook

„registriert“ hatte.⁹⁵

Der hier erwähnte Einwanderer hatte sicherlich keine Ahnung, dass diese Facebook-Posts einem solchen Zweck dienen könnten. Wie könnte er unter diesen Bedingungen seine Daten und deren Verwendung kontrollieren?

Ein perfektes Beispiel für das Unvermögen, das Abschöpfen von Daten ordnungsgemäß zu regulieren, findet sich in der Datenschutz-Grundverordnung [DSGVO], die 2016 von der Europäischen Union verabschiedet wurde.⁹⁶

Diese Gesetzgebung ist im Prinzip eine der weltweit stärksten Maßnahmen zum Schutz der Online-Privatsphäre.

Dennoch zeigt eine in Frankreich durchgeführte Studie, dass ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung 47 % der französischen Konsumierenden nicht wussten, was die DSGVO ist. Außerdem meinten 33 %, dass dieses Regulierungsgesetz ihnen nicht geholfen hätte, besser zu verstehen, wie Unternehmen ihre Daten erfassen, speichern und nutzen.

Wenn Unternehmen sich an das Gesetz halten und Zugang zu ihren Nutzungsbedingungen gewähren, lesen 77 % der französischen Internetnutzer*innen diese nicht einmal.

Die Länge dieser Bedingungen ist allerdings durchaus entmutigend; so wurde beispielsweise berechnet, dass es 86 Minuten dauert, die allgemeinen Bedingungen von Instagram durchzulesen.

Schlimmer noch: Angesichts des Einflusses von Facebook neigen einige Studien zur Ansicht, dass die DSGVO das Gewicht des Unternehmens auf dem Werbemarkt in Wahrheit sogar noch gestärkt hätte.⁹⁷

In der Tat:

*Die kleinen Akteure in diesem Ökosystem werden zur Vorsicht gezwungen: Sie haben nicht so viele Möglichkeiten, die DSGVO einzuhalten und können keine Geldstrafe riskieren. Google und Facebook können aufgrund ihrer Popularität leichter die Zustimmung von Internetnutzer*innen einholen als der Öffentlichkeit unbekannt Start-ups.⁹⁸*

Teil 5: Plädoyer für die kollektive Kontrolle von Facebook

Oben wurde aufgezeigt, dass Facebook in vielen Aspekten der neuen datengesteuerten Wirtschaft eine quasi-monopolistische Position innehat (die teilweise mit sehr wenigen anderen Giganten wie Google geteilt wird). Dies gelang durch die Bemühungen um die Kontrolle eines Großteils des „neuen Öls“ weltweit, den Einsatz milliardenfacher gezielter Werbekampagnen, die Erfassung von Milliarden von Daten, die Schaffung neuartiger Werte, die von Millionen Menschen weltweit ohne finanzielle Vergütung geschaffen werden; sowie dadurch, eine neue Währung vorzuschlagen und potentiell einzuführen.

Daraus ergibt sich ein gefährliches Infrastrukturmonopol: Facebook hat durch die Kontrolle der Informationsflüsse einen entscheidenden Einfluss auf die Organisation unseres täglichen Lebens und auf das politische und soziale Leben von Nationen und

⁹⁵Max Rivlin-Nadler, „How ICE Uses Social Media to Surveil and Arrest Immigrants“, *The Intercept*, 22. Dezember 2019, <https://theintercept.com/2019/12/22/ice-social-media-surveillance/>.

⁹⁶Das Hauptziel der DSGVO ist es, sowohl den Schutz der von der Verarbeitung ihrer persönlichen Daten Betroffenen als auch die Verantwortlichkeit der an der Verarbeitung Beteiligten zu erhöhen. Diese Regelung stellt zum Beispiel sicher, dass Unternehmen und Organisationen den Einzelpersonen mehr Kontrolle über ihre privaten Daten geben, einschließlich der Daten, die durch die Annahme von Cookies auf Websites gesammelt werden, und der Daten, die Internetnutzer*innen in Kontaktformularen senden.

⁹⁷Marine Protais, „Un an après le RGPD: les Français n’y comprennent toujours rien“, *LADN Innovation*, 31. Mai 2019, <https://www.ladn.eu/tech-a-suivre/data-big-et-smart/rgpd-etude-bilan-comportements-utilisateurs/>.

⁹⁸„Le RGPD, 1 an après“, *BFM Business*, 20. Mai 2019, <https://bfmbusiness.bfmtv.com/entreprise/le-rgpd-1-an-apres-1693793.html>.

Völkern erlangt.⁹⁹

In diesem Stadium Facebooks Rolle nur ein kleiner Vorgeschmack auf sein Potenzial, unser tägliches Leben zu kontrollieren. Die allmähliche Erweiterung von Facebooks Einflussbereich, die an der Anschaffung weiterer verwandter sozialer Medien sichtbar wird, zeigt, dass es hegemoniale Ambitionen im Bereich des Datenaustauschs und der Datensammlung verfolgt. Projekte wie die Libra-Währung – auch wenn diese zum jetzigen Zeitpunkt eher ein Testballon zu sein scheint – weisen deutlich darauf hin, dass Facebook den Willen hat, seine starke Position im Datensektor dafür zu nutzen, ganze Teile anderer Bereiche der Weltwirtschaft zu kontrollieren.

Eine solche Entwicklung hat einen drastischen Einfluss auf viele Aspekte unseres täglichen Lebens. Wie bereits erwähnt beinhaltet das auch enorme Bedrohungen für die Grundrechte von Völkern und Einzelpersonen im globalen Maßstab.

Die Bedrohung der Privatsphäre wurde in der Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert, wird aber immer noch unterschätzt. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie „nichts zu verbergen“ haben. Sie haben jedoch nur ein sehr partielles Bewusstsein dafür, was Facebook mit den von ihnen bereitgestellten Informationen aufzubauen beabsichtigt. Wenn sie jedoch versehentlich herausfinden, was Facebook wirklich über sie weiß, sind sie ausnahmslos schockiert.

Noch weniger ausgeprägt ist das Bewusstsein über die Bedrohung, die Facebook für andere Grundrechte darstellt. Allenfalls ist man sich – aufgrund des *Cambridge-Analytica*-Skandals – vage bewusst, dass Facebook Wahlen beeinflussen (oder zumindest dafür benutzt werden) kann.

Der tiefergehende Einfluss, den Facebook (potentiell) auf viele Aspekte des täglichen Lebens hat, ist weitgehend unbekannt.

Es muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Facebook (wie natürlich auch ähnliche Akteure) – angetrieben von Unternehmens- und Privatinteressen – eine Bedrohung für viele individuelle und kollektive Grundrechte von Bürger*innen und Völkern weltweit darstellt.

Wie in der Einleitung erwähnt, ist die grundlegendste Quelle und Wurzel der meisten individuellen und kollektiven Rechte das Recht auf Selbstbestimmung der Völker. Das heißt, das kollektive Recht der Völker auf Kontrolle über ihr Schicksal.

In ihrem gemeinsamen Artikel 1 legen der UN-Zivilpakt und der UN-Sozialpakt fest, ihren politischen Status frei zu bestimmen, ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei zu verfolgen, frei über ihre natürlichen Reichtümer und Ressourcen zu verfügen und ihrer eigenen Lebensgrundlage nicht beraubt zu werden.

Es wurde aufgezeigt, dass Facebook:

- entscheidenden Einfluss auf Informationsflüsse hat. Gleichzeitig brauchen die Menschen aber auch Zugang zu Informationen, um ihre politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen frei bestimmen zu können.
- die öffentliche Meinung in signifikanter Weise beeinflussen kann, während es von eigenen Unternehmensinteressen getrieben wird.
- in zunehmendem Maße unsere Kommunikationsfähigkeit kontrolliert. Menschen müssen aber kommunizieren, um sich als Gruppen innerhalb der Gesellschaft organisieren zu können, um so auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen Einfluss zu nehmen.
- Wahlen und Referenden – wichtige Instrumente, mittels derer die Menschen politische und wirtschaftliche Entscheidungen treffen – beeinflusst.
- den von Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt durch Datenextraktion geschaffenen Wert beschlagnahmt, indem diese „Ressource“ unter private Kontrolle gestellt wird, was den Menschen die Möglichkeit nimmt, selbst über

⁹⁹Ebd.

die Verwendung dieses Reichtums zum Nutzen der kollektiven Entwicklung zu entscheiden.

- zumindest das Bestreben ausgedrückt hat, in den gleichen Rang wie die Zentralbanken aufzusteigen und Kontrolle über die Finanzpolitik auszuüben.
- neue Formen der Zwangsarbeit etabliert, bei der Menschen gezwungen werden, Werte zu schaffen, ohne dafür ein Gehalt zu erhalten.
- Hasskampagnen ermöglicht, die zu schwerer Gewalt gegen religiöse und politische Minderheiten geführt haben, diktatorische Regime berät und Daten über Dissidenten und Aktivisten weitergibt, was diese in lebensbedrohliche Situationen bringt.

Staaten können ihrer Verpflichtung nicht nachkommen und die in Artikel 2 der beiden Pakte verkündeten Rechte ohne Diskriminierung hinsichtlich der race, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status ausüben, wenn die Hauptressource der neuen datengesteuerten Wirtschaft zunehmend von einer Handvoll schwerreicher monopolistischer Unternehmen reguliert wird, die über die ausgeklügeltsten Mechanismen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung überhaupt verfügen.

In hohem Maße hängen alle anderen bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte direkt vom Recht auf Selbstbestimmung ab; vom Grad der Kontrolle, die Einzelpersonen und Gemeinschaften über die Instrumente haben, die es ihnen erlauben, über ihr Schicksal zu entscheiden.

Alle Arbeitsrechte, die im Kontext einer Wirtschaft konstruiert und definiert werden, in der Arbeitskraft gegen eine finanzielle Entschädigung – etwa Lohn – ausgetauscht wird, werden bedeutungslos, wenn sich neue Formen der (Zwangs-) Arbeit ähnlich der mittelalterlichen Leibeigenschaft ausbreiten.

Andererseits verfügt jedoch ein weltweites Instrument über ein enormes emanzipatorisches Potenzial, wenn es uns ermöglicht, Informationen auszutauschen, zu kommunizieren, organisieren, Meinungen zu äußern und auszutauschen, über die Entwicklung der Gesellschaft zu diskutieren, neue Arbeitsformen zu schaffen, die sich von der Lohnsklaverei unterscheiden, und neue Wirtschaftsformen zu fördern, die sich von der kapitalistischen Marktwirtschaft abheben. Natürlich muss ein solches Instrument einer Bedingung unterliegen: Es darf nicht von den Unternehmens- und Privatinteressen einer Handvoll von Aktionären getrieben werden.

Deshalb müssen Infrastrukturen wie Facebook Gemeingüter sein, den Nutzer*innen kollektiv gehören und von ihnen demokratisch gesteuert werden. Dies erfordert kreative Arbeit und ebensolches Denken, um derartige weltweiten kollektiven und demokratischen Kontrollmechanismen zu entwickeln. Aber um diese Arbeit kommt man nicht drumherum, weil sich die traditionellen Formen staatlicher „Regulierung“ oder vermeintlicher „Unternehmensverantwortung“ eindeutig als unwirksam erwiesen haben.

Nur auf diesem Weg können Infrastrukturen wie Facebook zu Werkzeugen für die Emanzipation, für die volle Selbstverwirklichung von Gesellschaften und der Menschenrechte werden; und dadurch nicht länger monströse Bedrohungen für diese Rechte und für die Menschheit selbst darstellen. Nur ein kollektiviertes Facebook – eine Kooperative von 2,5 Milliarden Menschen – kann sicherstellen, dass das Recht auf Selbstbestimmung nicht nur geschützt, sondern auch erweitert wird.